ZECK

Nr. 132 Mai / Juni 2006

das Info aus der Roten Flora

Seit der sogenannten Wiedervereinigung, wurden in Deutschland über 150 Menschen aus rassistischen Motiven ermordet.



Vorwort

So, wir haben wieder einiges an Artikeln zusammengesammelt. Dabei fanden wir es weniger sinnvoll, alle Aufrufe zu den verschiedenen Demos zum 1. Mai reinzunehmen (Rostock und Leipzig fehlen zum Beispiel), da diese Ausgabe erst ganz kurz vorher erscheint.
Übrigens, an die Schreiber_innen des Artikels "Zähne zeigt, wer das Maul aufmacht", die Zeck erscheint alle zwei Monate, Redaktionsschluss ist der 20. des Vormonats. Für die letzte Ausgabe kam euer Artikel einfach zu spät. (War also keine böse Absicht dahinter.) Wenn wir Artikel absichtlich nicht drucken, dann erwähnen wir das im Vorwort.
In diesem Sinne: Da das Interview "... eine Art Diskussionszummenhang politisch aktiver Linker in Hamburg herzustellen" bereits in Contraste, Monatszeitung für Selbstorganisation, Nr 258 erschien, haben wir es aus Platzgründen nicht hereingenommen. Es befindet sich aber in unserem Ordner für draußengebliebene Artikel im Schwarzmarkt (Infoladen, Kleiner Schäferkamp).
An dieser Stelle noch ein ganz fettes DANKE an das Störte-Café für die Spende. (TUSCH: TADAA!) Das Geld hatte uns noch dringend für diese Ausgabe gefehlt. Wäre super, wenn uns noch mehr finanzielle Unterstützung erreicht. Wir sind zurzeit nämlich ziemlich knapp bei Kasse. Da die Zeitung zwar umsonst ist, die Produktionskosten aber leider nicht und die regelmäßigen Spenden nicht ausreichen, entsteht ein Minus! (MINUS!) Wir benötigen daher dringlichst mehr Geldspenden (MONEY!) oder Soli-Abos (also am liebsten regelmäßige Gelder). Wir würden uns auch tierisch freuen wenn für uns auch gelegentlich mal ein/e Soliparty/ -konzert/ -cafe gemacht würden. Und auch kleine Summen bringen uns der nächsten Ausgabe entgegen.
Redaktionsschluss für die ZECK Ausgabe Juli/August ist der 20. Juni!
Mit solidarischen Grüßen!

Die Zeck-Redaktion

Endlich mal herzlich gelacht:
"Auf dem 1.Mai Plakat aus Leipzig wird ein weißes Huhn mit Fadenkreuz auf der Brust abgebildet mit der Aufforderung "Wir schiessen den Vogel ab". Die Verharmlosung des Holocaust und die Unterstellung das Hühner dafür verantwortlich sind ist schon unter aller Sau. Aber die Aufforderung zum 1.Mai Hühner zu töten in einem Laden der einen hohen veganmoralischen anspruch hat kann ich nicht mehr nachvollziehen also wollte ich das Plakat entfernen, weil ich glaubte das ist ein Versehen, aber nein es war wohl ein Plenumsbeschluß."(Aus indymedia vom 15.04.2006)

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden.
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro / drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschikken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.

Veranstaltung zum Naziladen in der Talstraße, 04. Mai 2006
Rote Flora 19 Uhr
Die Aktivitäten gegen den Laden "Odin und Freya" in der Talstraße sind nach der großen Demo im letzten Jahr ins Stocken geraten. Um wieder etwas Bewegung in die Sache zu bringen, wird es im Mai zum einen eine Veranstaltung geben zum Thema: Mischszene - Kooperation von Nazis und Mitgliedern anderer Milieus (z.B. Rocker, Hooligans) bei kommerziellen Projekten. Zum anderen wird es ein Antifa-Konzert geben, um darauf hin zu weisen: Der Laden in der Talstraße verkauft nach wie vor, neben Rockerklamotten, und Wickinger-Schnickschnack, eindeutige Nazilabels und droht sich als Nazi-Treffpunkt in St. Pauli zu etablieren.

####################################

Euromayday
Im Anschluss an die 2. internationale Versammlung zu Migration und Prekarisierung plus Grundeinkommen "kosten rebellieren II" (29./30.04.) findet am 1. Mai erneut eine Euromayday-Parade in Hamburg statt.
Aus dem Aufruf:
Ein neuer Virus macht sich breit im Labor Europa. Wenn heute von Europa die Rede ist, dann weil Europa, dieses abbruchreife Gebilde, endlich einer sinnvollen Nutzung zugeführt gehört. Die Chance, mitten in diesem Europa eine andere Welt möglich zu machen. In Hamburg. Am 1. Mai ein Euromayday. 100.000 in Mailand, 1.000e in Hamburg, Kopenhagen, Barcelona, Sevilla, Stockholm und Paris, 100e in Lüttich, Amsterdam, London, Helsinki, Juväskula, Wien und Maribor. Selbstbewusste verzweifelte Menschen. Arbeiterinnen ohne Arbeit. Hausfrauen als Heimarbeiterinnen. Intellektuelle ohne Beschäftigung. Jugendliche im Aufruhr. Papierlose als Hilfsarbeiter im Hafen oder Erntehelferinnen in der Landwirtschaft. Rentner in der Depression. Die Online-Generation im Echtzeitstress. Studentinnen als Putzfrauen. Künstlerinnen in der Identitätskrise. Junge Osteuropäerinnen als Mamas Ersatz. Linke ohne Perspektive. Akademiker als Taxifahrer, Touristenführer oder im ewigen Praktikum. Neugierig. Wer sind diese Leute? Was bewegt sie? Kennen Sie sich? Warum sind sie so schwer zu fassen? Liegt es an ihrer Arbeit? Ist es ihr Anspruchsdenken? Ihr Lebenswandel? Haben sie sich etwas zu sagen? Färben diese unsicheren und flexiblen Tätigkeiten auf sie ab? Woher kommen sie? Gehöre ich auch dazu?
Tipp für inhaltsreichere Artikel: http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/euromayday-hh

Verlauf der Parade:
Anfangskundgebung 13:00 Neustädter Neuer Weg, auf der Michelwiese

Zwischenkundgebungen:
1. Bei den St. Pauli Landungsbrücken, auf dem Vorplatz, ca. 14:15
2. Davidstr., Höhe B.-Nocht-Str., ca. 15:00
3. Clemens-Schultz-Str., Höhe Wohlwillstr., ca. 15:45

Route:
Ditmar-Koel-Str. - Landungsbrücken - Hafenstr. - Davidstr. - Hein-Hoyer-Str. - Clemens-Schultz-Str. - Große Freiheit - Simon-von-Utrecht-Str. - Luise-Schroeder-Str. - Große Bergstr.

Schlusskundgebung:
Große Bergstr., Höhe Willebrandtstr.

####################################

Wendebeckenprozess verzeichnet ersten Erfolg
Nach der Räumung des Wagenplatzes Wendebecken 2004 mussten sich deren BewohnerInnen mit Verfahren wegen Hausfriedensbruch und Widerstand herumschlagen. Hier konnte nun ein erster Erfolg verzeichnet werden: Das Hamburger Oberlandesgericht hat der Revision einer ehemaligen Bewohnerin die wegen Hausfriedensbruchs vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden war stattgegeben. Demnach hätte die Stadt zunächst auf zivilrechtlichem Weg einen Räumungstitel beantragen müssen, bevor sie den Platz hätte räumen dürfen. Weil sie dies aber unterlassen hatte, verfügte der Verein der Bauwagenbewohner trotz abgelaufenen Mietvertrages weiterhin über das Hausrecht, urteilte das Gericht. Damit wird ihr Prozess zurück an das zuständige Amtsgericht überwiesen. Dieses darf sie nun nicht mehr mit derselben Begründung noch mal verurteilen.
Entweder es fällt ihnen also was anderes ein, was 1. schwierig werden dürfte, weil wo kein Hausrecht, da auch kein Hausfriedensbruch und 2. auch noch so plausibel sein muß, dass es auch dem Oberlandesgericht gefällt, oder sie müssen die Angeklagte freisprechen. Was mit den anderen 30 Verfahren ist, die im Moment noch laufen, insbesondere mit denen, die auch noch den Widerstandsanklagepunkt enthalten, ist im Moment noch nicht absehbar.
Auf einer Ebene ist das Urteil schon jetzt ein Erfolg: Denn es bedeutet nichts anderes als dass eine Allgemeinverfügung, die am Ende noch mit "Gefahr im Verzug" begründet wird (das ist das in Hamburg seit Jahren üblich Vorgehen), zur Räumung nicht genügt, sondern die Stadt den langen Weg des Zivilrechts gehen muß. Dieser Weg ist wesentlich langwieriger und bietet vor allem viel mehr Möglichkeiten zur Verteidigung.
Für das Wendebecken hilft das nun alles nichts mehr " es wird höchstens weniger teuer" und eigentlich will ja auch niemand hoffen, dass jemals wieder irgendein Bauwagenplatz geräumt wird, sollte dies aber doch noch mal passieren, könnte diese Urteil tatsächlich von Vorteil sein.
Alles in allem ein Grund zum Feiern,
auf Prozesskostensoliparties versteht sich.

####################################

Verbindungen kappen
Demonstration
ElitenBildung, Sexismus, Nationalismus - entgegentreten!
Hinaus gegen den Festkommers!
Am 06. Mai trifft sich im Hannoverschen Kongresscentrum die selbsternannte zukünftige Elite Deutschlands. 21 Burschenschaften, Corps, Turnerschaften, Landmannschaften und andere studentische Verbindungen jeder "Couleur" wollen sich anlässlich des 175-jährigen Bestehens der Universität Hannover bei ihrem "Festkommers" selbst feiern.
Solch reaktonär-männerbündische Rituale werden wir nicht hinnehmen.
Keine Feier für Burschis - den Festkommers entweihen - Männerbünde anfechten
Demonstration 6.5.06, 16:00 Steintor
Infos unter www.verbindungen-kappen.tk

####################################

Der Ordner des Endspiels
Nach einer Kurzgeschichte von Hermann Kant.
Bühnenfassung: Th. Ebermann
Fußball aus anderer Perspektive, mit dem Rücken zum Spielfeld. Nach der Erzählung "Der Mann von Frau Lot"
Mit: Roland Bayer, Ruth Marie Kröger, Mattias Scheuring und Michael Weber.
Nur am 29./30.4. und 1.5. im Polittbüro, Steindamm 45.
Infos: www.polittbuero.de
Es lohnt sich wirklich!

Orwell lässt grüßen
Fußball-Weltmeisterschaft dient - nicht nur - in Hamburg als Vorwand für umfangreiche Überwachungs- und Sicherheitsmaßnahmen

Überm Dach die Aufklärungsflugzeuge AWACS, vorm Haus die Bundeswehr beim Inlandseinsatz, ringsum Deutschlandfahnen in Schaufenstern und auf Balkonen, dazwischen grölende Fußballfans - dieses Szenario erwartet im Juni Millionen Menschen in den deutschen WM-Städten. Doch während AWACS, Bundeswehr und grölende Fans nach der WM wieder verschwinden - die Fahnen hoffentlich auch - werden einige Dinge dauerhaft erhalten bleiben. In Hamburg werden das u.a. ein eigens für die WM errichtetes Polizeigefängnis sein und die durchgängige Videoüberwachung der Reeperbahn, die am vergangenen Donnerstag begann. In der Hansestadt werden vier Vorrundenspiele sowie ein Viertelfinalspiel stattfinden, dazu werden mehr als 300.000 Fans aus aller Welt erwartet. Dass Fußballfans nicht nur Gutes im Schilde führen, ist gemeinhin bekannt. Entsprechend umfangreich sind die Vorkehrungen, die seitens der Hamburger Innenbehörde getroffen werden, um auch in dieser Ausnahmesituation Recht und Ordnung durchzusetzen. Hilfreich ist dabei das Polizeigesetz vom Juni 2005, dass es erlaubt, Personen zur Gefahrenabwehr vorübergehend in Gewahrsam zu nehmen. "Vorübergehend" heißt maximal 14 Tage, statt bisher 24 Stunden - außer Hamburg hat lediglich Bayern ein derart restriktives Polizeirecht. Laut Innensenator Udo Nagel (parteilos) werden die Kosten für die Sicherheit den Etat der Hansestadt mit etwa 8,8 Mio. Euro belasten. 150 Plätze zur Unterbringung von Personen, von denen "akut potentielle Gefahr ausgeht", will die Innenbehörde in einem Sammelknast schaffen. Dazu wird die Waschanlage der ehemaligen Polizeidirektion West in der Stresemannstraße für ca. 300.000 Euro umgebaut, die Höhe der entstehenden Betriebs- und Personalkosten ist nicht bekannt. Die Abgeordnete der Grün-Alternativen-Liste (GAL), Antje Möller, veranlasste das zu einer kleinen Anfrage an den Senat. Sie möchte u.a. wissen, welche Kosten über den Umbau hinaus anfallen und aus welchen Haushaltstiteln diese beglichen werden sollen.

Erst kürzlich hat die Anti-Folter-Kommission des Europäischen Rates Hamburg wegen mangelnder Rechts- und Sicherheitsstandards in den dortigen Knästen gerügt. Möller fragt deswegen nach, ob die Vorgaben der Kommission in Bezug auf Rechtsbeistand, medizinische Versorgung, Besuchsmöglichkeiten, etc. in dem neuen Sammelgefängnis eingehalten werden. Die Abgeordnete interessiert u.a., ob den Gefangenen die Möglichkeit für einen regelmäßigen Aufenthalt im Freien gegeben wird. Diese Frage lässt sich durch einen Blick auf das vorgesehene Areal leicht beantworten: Der Komplex liegt in einem dichtbebauten Wohn- und Industriegebiet, zwischen einem großen Hotel und einer Tankstelle, direkt an der berühmt, berüchtigten Stresemannstraße, einer der am meisten befahrenen Straßen Nordeuropas mit entsprechenden Schadstoffemissionen. Zwar gibt es einen kleinen gepflasterten Innenhof, doch der ist dem Fuhrpark der Wache vorbehalten.

Außerdem fragt Möller nach, aufgrund welcher Erkenntnisse dieser Sammelknast überhaupt gebaut wird, da es sich um ein Modell handelt, dass z.B. in Berlin wegen mangelnder Auslastung geschlossen worden sei. Die Berliner Behörden setzen auf dezentrales Einbuchten, d.h., sechs kleinere Sammelstellen wurden eingerichtet, die von allen Orten in Berlin in höchstens 15 Minuten erreichbar sind. Berlins Innensenator Erhart Körting (SPD) sieht der WM scheinbar gelassen entgegen. Die Berliner Polizei habe mit Ereignissen wie z.B. dem 1. Mai genügend Erfahrungen gesammelt, erläuterte er gegenüber den Medien.

Das lässt aufhorchen. Richtig, auch in Hamburg geht es im Kern nicht um Fußballfans, sondern um ein "Basisinstrument" (Möller) der Polizei, missliebige Personen wegzusperren. "Die WM ist nicht der Grund, sondern der Anlass für den Umbau", bestätigte der Pressesprecher der Innenbehörde Marco Haase gegenüber den Medien. Er unterstrich, dass die Einrichtung auch nach der WM bei Demonstrationen und Großveranstaltungen genutzt werden soll.

[...]

(aus:http://de.indymedia.org//2006/04/144085.shtml)

##

Aktionstag gegen Überwachung und Kontrollwahn am 25. März in Hamburg anlässlich der Einrichtung von 12 Kameras entlang der Reeperbahn.

Circa 100 Leute fanden sich an der Reeperbahn auf Höhe Hamburger Berg zusammen. Auftakt des Spektakels war die Enthüllung der goldenen Kamera: In einem Theaterstück traten hervorragend charakterisiert Innensenator Udo Nagel, ein Vertreter des Einzelhandels, eine Sprecherin der Bürgerinitiative für mehr Sicherheit, ein gehorsamer Spitzensportler sowie der Chef der stets anwesenden Sicherheitstruppe ans Redepult und gaben ihre Meinung zum Besten. Die ebenfalls im Stück intergrierte erste Zuschauerreihe jubelte ihrem Udo zu und wurde zugleich von der Sicherheitseinheit unter Kontrolle gehalten.

Immer wieder konnte mensch an diesem Nachmittag die sprechende Kamera hören. Sie wies Passant_innen auf Ihre "Untaten" hin, ermahnte wegen des weggeworfenen Kaugummis, pöbelte Herrn Meyer an, der doch eigentlich krankgeschrieben sei und vermerkte, dass die Frau mit rotem Mantel beim Popeln in der Nase genauestens gefilmt würde.

Unweit davon konnte sich jede und jeder darin üben auf das Objektiv einer übergroßen Kamera zu zielen. Für jeden Treffer gab es eine Nagel-Medallie und als Trostpreis einen Keks mit der Aufschrift "Kameramann Arschloch".

Eine um Sicherheit besorgte Gruppe verteilte Passierscheine, in denen darauf hingewiesen wurde, wie gefährlich der Großstadtdschungel sei und empfahl neben vielen anderen Tipps, einen Maulkorb zu tragen.

Das Hamburger Regenwetter kam an diesem Tag nicht ganz ungelegen, so konnte - wer/welche wollte - seinen/ihren Regenschirm mit den Worten "Wir haben etwas zu verbergen!" besprühen lassen. Selbstgebastelte Brillen sowie verschiedene Flugblätter wurden an die Unterstützer_innen und Passant_innen verteilt. Auch schwarze Luftballons gab es, die bis zu den 12 Kameras, die demnächst das Geschehen auf der Reeperbahn aufzeichnen werden, hochsteigen konnten.

Leider, leider ließ die Polizei den spontanen Aufbruch zu einem Rundgang zu den bereits angebrachten Kameras nicht zu. Die Idee war, die Redebeiträge des Tages auch an den einzelnen Kamerastandorten zu halten. Aufgrund der schrumpfenden Personenzahlen und des ungemütlichen Wetters wurde für dieses Mal von energiereicheren Durchsetzungsversuchen abgesehen.

##

Kleines Update in Sachen "Pünktlich-sein"

Unter dem Motto "einmal im Leben pünktlich sein" versammelten sich am 24.04. 2004 Wagenbewohnerinnen aus dem gesamten Bundesgebiet (und angrenzendem Ausland) mit 99 Wohnfahrzeugen

(unangemeldet) in der Hafenstraße in Hamburg. Ziel des ungewöhnlichen Zusammenkommens um 6:46 jenen Samstags war die öffentliche Darstellung der zahlreichen Bedrohungen diverser Wagenburgen im ganzen Land, insbesondere aber in Hamburg. Viele Bauwagenplätze stehen derzeit auf den Abschusslisten so einiger Politiker und Stadtplaner, manche mußten. schon weichen. Die Hamburger Wagenburg Bambule ereilte dieses Schicksal und entwickelte sich in den Monaten nach der Räumung durch ebenso massive wie kreative Protestaktionen zu einer Ikone des



Widerstandes gegen städtebaulichen Kahlschlag. Trotzdem mußten unlängst zwei weitere Burgen in der Hansestadt "dran glauben". Aber auch in Berlin, Kassel und Freiburg gehört die Vertreibung von Menschen, die sich zum Leben im Wagen entschlossen haben, zum Alltag. (Mehr Infos gibts auf Indymedia oder auf www.wagendorf.de) Und weil das nicht so weitergehen darf, entschlossen sich einige hundert Leute zur Demonstrationsform des pünktlichen Falschparkens in St. Pauli. Die Hamburger Polizei entpuppte sich jedoch ein weiteres Mal als Spielverderber, und löste die nachträglich angemeldete Veranstaltung umgehend auf. Statt der erbetenen Gespräche mit der Politik bekamen die DemonstrantInnen nun Pfefferspray und Schlagstöcke zu spüren. Im Zuge einer riesigen Abschleppaktion wurden außerdem diverse Fahrzeuge teils massiv beschädigt. Im nachhinein wurden dann gegen 48 Personen Strafbefehle wegen gemeinschaftlicher Nötigung mit Geldstrafen in Höhe von durchschnittlich 1000 Euro erlassen. Die Betroffenen schlossen sich daraufhin zusammen und erwirkten so die Durchführung eines Musterprozesses mit 3 Angeklagten, während die restlichen Verhandlungen bis zu dessen Ende ruhen sollten. Der Prozess war geprägt von buntem Widerstand und der hervorragenden Solidaritätsarbeit ganz vieler UnterstützerInnen. Ein Ende ist allerdings noch nicht abzusehen, nachdem der zuständige Richter nach 11 teils skurrilen Prozesstagen ein Urteil gesprochen hat, daß vom Strafmaß zwei Drittel über der Forderung der Staatsanwaltschaft liegt und nur mit dem Gang in die nächste Instanz beantwortet werden konnte. Der Beginn dieses Verfahrens steht bislang noch aus. Die restliche Richterschaft hat sich jedoch nun entschlossen, dessen Ende nicht mehr ,abzuwarten und hat damit eine Flut von Prozessen losgetreten. Allerdings trägt der Widerstand trotz allem schon ein paar Früchte, denn es gibt mittlerweile Angebote zur Einstellung der Verfahren ohne Verurteilung und gegen Geldzahlung nach 153a. Diese Angebote erschienen vielen der Betroffenen allerdings unzumutbar. Von denen wird noch immer ein volles Monatsgehalt verlangt, und vor allem gilt dieses Angebot nur für diejenigen, die noch nie vor der Justiz auffällig geworden sind. Eine solche Spaltung in "gute" und "schlechte" Angeklagte wird in der Wagenszene weitgehend abgelehnt. Deshalb wird es zukünftig in Hamburgs Gerichtssälen weiterhin "pünktlich sein" heißen. Solidarische Prozessbeobachtung und -gestaltung ist dabei ausdrücklich erwünscht. Die Termine und weiteres findet ihr auch unter www.wagendorf.de
Solidarische Spenden natürlich ebenfalls, denn die Unterstützung der Angeklagten verschlingt Unmengen an Geld.
Diese bitte aufs Krötenkonto
Kto. 348776751,
Postbank Karlsruhe, Blz 66010075

##

re: control
respond : reject : regain - antworten : abweisen : aneignen

Bundeskongress Internationalismus BUKO, 29. Jahreskongress vom 25.-28. Mai 2006 in der TU Berlin

"Außer Kontrolle ist das Leben, die Zeit, außer Kontrolle ist die Obrigkeit, außer Kontrolle sind des Königs Banditen, aber außer Kontrolle haben sie nix zu bieten" (Tod und Mordschlag, 1999)

re: control
...der 29. Bundeskongress Internationalismus (BUKO 29) lädt zu einer Suche ein nach Antworten auf herrschende Kontrolltechniken, -politiken und -strategien. Wir wollen auf dem BUKO 29 gemeinsam diskutieren, wo und wie Kontrolle funktioniert. Ist es nur die Kontrolle "von denen da oben", oder funktioniert Kontrolle nicht auch "durch uns selbst"? Was bedeutet es, auf herrschende Kontrollpolitiken zu antworten, sie zurükkzuweisen und vor allem: Wie sieht emanzipativer Widerstand gegen Kontrolle aus, was bedeutet es, sich Kontrolle über das Leben wieder anzueignen? Diesen Fragestellungen wollen wir uns in vier inhaltlichen Foren widmen:

Migration/Kolonialismus:
Welche Kontrollstrategien von Migrationspolitiken - innerstaatlich und an den Außengrenzen der reichen Länder - werden angewandt? Welche Kontinuitäten und Brüche in der kolonialen Herrschaftspraxis gibt es und wie sind ihre Auswirkungen auf aktuelle Migrationspolitiken?

Stadt/Sicherheit:
Welche Kontrolltechniken im urbanen Raum gibt es? Wie sieht die Produktion von (Un)Sicherheit in unterschiedlichen Regionen der Welt aus und welche verschiedenen Akteure gibt es?
Welche bisherigen Aneignungs- und Widerstandspraktiken gab es? Wo sind Anknüpfungspunkte für Kampagnen und Aktionen, wie sähe eine Vernetzung aus, auch im Hinblick auf die Fußball-WM 2006?

Energie:
Wer hält die Kontrolle über Energie und mittels Energie, und welches Kontrollregime für Energie ist notwendig? Welche Energiesysteme erzeugen welche gesellschaftlichen Verhältnisse, und welche Naturverhältnisse werden damit (re)produziert? Verschiedene Blickwinkel machen Energie als Versprechen, als Beute und als soziales Verhältnis kenntlich.

G8:
Welche Rolle nimmt die G8 im globalen Herrschaftssystem ein? Oder: Welcher Art ist die Macht der G8? In Vorbereitung auf den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm bei Rostock gilt es, eine fundierte Kritik an der G8 zu erarbeiten. Wir wollen Möglichkeiten und Grenzen der Protestbewegung ausloten und damit auf dem BUKO 29 die Vernetzung und den Widerstand gegen den Gipfel vorantreiben.
Hervorgegangen aus dem Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, hat sich die Bundeskoordination Internationalismus (die BUKO) in den letzten Jahren zu einem Forum einer unabhängigen, globalisierungskritischen und internationalistischen Linken entwickelt. Der BUKO 29 in Berlin bietet Platz für Austausch, Diskussion und Vernetzung, für kennen lernen und wieder treffen.
Wir sehen uns in Berlin!
BUKO29 Vorbereitungsgruppe
Weiteres: http://www.buko.info

Aufruf Revolutionäre 1. Mai Demo

Kapitalismus abschaffen

Wir wollen unser Leben nicht mehr im Dienst des Privateigentums fristen! Wir brauchen kein System, in dem so viele Menschen zu wenig zum Leben haben, obwohl Waren im Überfluss erzeugt werden. Wir brauchen den Kapitalismus nicht, in dem der technologische Fortschritt zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen verwandt wird. Ein System, in dem die Profite der einen Not und Elend für die anderen bedeuten, gehört abgeschafft!
Wären die Fabriken und all die anderen Produktionsmittel nicht dazu da, den Reichtum ihrer EigentümerInnen zu mehren, wäre für jeden genug da. Wir könnten die entwickelte Technik dazu nutzen, die Lasten der Arbeit für alle zu mindern - Wohlstand für alle weltweit ist möglich! Ein Leben in Selbstverwaltung ohne Chefs und Vorgesetzte, ohne PolitikerInnen und Regierungen ist unser Ziel.
Dies kann niemals durch Reformen erreicht werden. Die Verhältnisse müssen vielmehr komplett und radikal umgewälzt werden. Ohne Revolution wird das nicht zu haben sein! Für eine klassenlose Gesellschaft ohne Staat und Kapital!

Die Wirklichkeit anno 2006

Mit den Hartz-Gesetzen, Steuergeschenken an Unternehmen und der Gesundheitsreform hat Rot Grün in den letzten Jahren die systematische Umverteilung von unten nach oben, von den Händen der Lohnabhängigen und Sozialleistungsempfänger in die Hände der Unternehmen und Anleger vorangetrieben. Dieses Werk wird nun von der Großen Koalition unter anderem mit der Rente ab 67 und der Mehrwertsteuererhöhung fortgesetzt.
Mit den Absenkungen staatlicher Leistungen und Zwangsumzügen, mit 1-Euro-Zwangsarbeit und ständiger Überwachung werden Erwerbslose gezwungen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Längst ist ein ganzer Niedriglohnsektor entstanden: Einkommen, das nicht mehr zum Leben reicht und ungesicherte Arbeitsverhältnisse sind längst nicht mehr nur bei ungelernten Tätigkeiten und Zeitarbeit üblich geworden.
Auch für die Beschäftigten, die in scheinbar gesicherten Verhältnissen arbeiten, wird durch Niedriglohnsektor und Erwerbslosenschikane eine Drohkulisse aufgebaut, mit der Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkungen durchgesetzt werden. Statt die Lohnarbeit als den gesellschaftlichen Zwang zu empfinden, die sie ist, sollen die Beschäftigten sie als Auszeichnung empfinden und den Mund halten. Viele trauen sich noch nicht einmal bei Krankheit zu Hause zu bleiben. Arbeitslose werden von PolitikerInnen und Medien als Schmarotzer beschimpft, die an ihrer Armut und Arbeitslosigkeit selbst schuld trügen. Leider trifft diese Hetze bei vielen Beschäftigten auf schon vorhandene Vorurteile und verstärkt sie. Diese Spaltung zwischen Erwerbslosen und "Arbeitsplatzinhaber" verschleiert das tatsächliche Problem und erschwert notwendige Solidarität. Gleichzeitig wird versucht, uns mit der "Du bist Deutschland"-Kampagne Nationalismus, Strebertum und Einverständnis mit den Verhältnissen einzuimpfen. Belegschaften werden gezwungen, sich gegenseitig zu unterbieten, am Arbeitsplatz werden KollegInnen dazu gebracht, einander zu bespitzeln und zu übertrumpfen. Diese "jeder gegen jeden"-Logik führt zu Vereinzelung und Entsolidarisierung. Demgegenüber ist es nötig, die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen aufzuheben.
Das Kapital kann die Arbeitskraft nicht billig genug haben. Es ist stets bestrebt, sich der Kosten der Arbeit zu entledigen. Darum steigt die Arbeitslosigkeit und deshalb fallen immer mehr Lohnabhängige aus dem Verwertungsprozess 'raus. Obwohl die Produktivität in Deutschland sehr hoch ist und die Lohnstückkosten entsprechend niedrig, ist täglich zu hören, die Löhne und Gehälter seien immer noch zu hoch. Der "Standort Deutschland" garantiert Investoren und Kapitalanlegern hohe Renditen, und er soll für sie noch attraktiver gemacht werden. Deutschland und seine Verbündeten sind sich einig, wenn es darauf ankommt, Staaten, die sich ihnen gegenüber nicht willfährig genug verhalten, in die Knie zu zwingen. Wenn es aber um den Zugang zu Märkten und Rohstoffen geht, stehen diese Mächte im Konkurrenzkampf. Das ist die sogenannte Globalisierung, der die Unternehmen und ihr Staat angeblich so hilflos gegenüberstehen.
Doch das Problem sitzt tiefer. Die Betriebe sind Privateigentum, die Arbeitskraft ist eine Ware und die Produkte, die wir herstellen, werden nur auf Grund ihres Verkaufswerts, nicht ihres Nutzens hergestellt. Unser gesamtes Leben funktioniert nach dem Muster von Lohnarbeit und Warenverkehr. Menschen sind im Kapitalismus Mittel zum Zweck und dementsprechend sind auch die Beziehungen der Menschen untereinander instrumentell, d.h. durch Konkurrenz oder die Erwartung eines Nutzens geprägt. Wir meinen, daß es möglich ist, solidarisch zusammen zu leben. Dazu müssen wir aber den Kampf gegen das System, das unser gesamtes Leben prägt, gemeinsam aufnehmen.
Aber gegen die Folgen des Kapitalismus gibt es Widerstand: Koreanische Bauern störten den IWF-Gipfel, Generalstreiks in Österreich, Griechenland und Belgien, in Bolivien wurde die Privatisierung des Erdgases verhindert, europaweit gibt es Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie. In Frankreich kämpfen ArbeiterInnen, Angestellte, SchülerInnen und Studierende gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Berufsanfänger.
Auch in Deutschland regt sich Widerstand, wie zum Beispiel bei DaimlerChrysler, bei Infenion, bei Opel und bei AEG. Gerade bei Opel wird deutlich, daß der Widerstand dann erfolgreich sein kann, wenn er sich nicht mehr an die Kuscheltaktik der Gewerkschaftsführung hält. Zur Hölle mit der "wachsenden Stadt"! Hamburger kommunale Einrichtungen werden entweder verschleudert (HEW an Vattenfall) oder auf Gewinn getrimmt, wodurch ihr Angebot reduziert wird (Schließung des Bismarckbads) und die Preise steigen, wie in Museen oder Büchereien.
Immerhin gelang es den HafenarbeiterInnen im Verbund mit ihren europäischen KollegInnen die Vernichtung ihrer Jobs durch die Port Package-Richtlinie zu verhindern. Protest gibt es auch von seiten der Beschäftigten der Hamburger Krankenhäuser gegen Privatisierung und verschlechterte Verträge. Da auch in dieser Stadt die Interessen der KapitalistInnen den Ausschlag geben, wurde der Volksentscheid gegen diese Privatisierung ignoriert. Was nebenbei dokumentiert, dass Widerstand erheblich mehr ist, als die Bevölkerung ab und an zum Kreuzchenmachen aufzurufen. Seit Jahren rühmen sich die hamburgischen Innensenatoren mit der bundesweit höchsten Abschiebequote. Die Illegalisierung und die Abschiebedrohung sorgen dafür, daß sich Flüchtlinge hier mit extrem unsicheren Arbeitsverhältnissen abfinden müssen. Die Stadt Hamburg macht sich mit der

Hafencity samt Elbphilharmonie, dem geplanten Bettelverbot in der Innenstadt und der Privatisierung von Einkaufsstrassen für InvestorInnen fein. Dabei darf auch ein staatlich finanziertes Marinemuseum mit integrierter Kriegsverherrlichung und Nazi-Schaustücken, das Tamm-Museum, nicht fehlen. Der Umbau des Wasserturms im Schanzenpark zu einem Nobelhotel ist ein weiteres Beispiel für die Umstrukturierung im Sinne des sogenannten Konzepts der "wachsenden Stadt". Die Verschleuderung öffentlichen Eigentums wird flankiert von einer Umgestaltung des Parks und der Reglementierung des Parklebens im Interesse der InvestorInnen und polizeilicher Repression und Willkür - kurz: bedingungslosem Gehorsam, wenn es gilt, Hamburger Standortpolitik durchzudrükken. Öffentliche Räume, die lediglich Bedürfnisse der AnwohnerInnen erfüllen, ohne Profit zu bringen, sind nicht mehr zeitgemäß.
Die viel beschworene allgemeine "Aufwertung" der betroffenen Stadtteile geht einher mit der Vertreibung weniger zahlungskräftiger Menschen. Bereits "normale" Mietsteigerungen, mehr noch Zwangsumzüge aufgrund von Hartz IV, Kampagnen gegen als besonders störend empfundene Gruppen (angebliche DealerInnen und Drogenkonsumierende, Punx und Obdachlose) fördern die vom Senat gewünschte Sozialstruktur.
Im Schanzenviertel hat der Eigentumswohnungs-Hype seinen Höhepunkt noch nicht einmal erreicht. Ladenöffnungszeiten rund um die Uhr nicht nur während der WM, Videoüberwachung öffentlicher Plätze oder der Neubau der Europapassage und die Umgestaltung des Jungfernstiegs vermitteln einen Ausblick auf die schöne neue Welt im Sinne des Hamburger Senats. Aber es regt sich auch Widerstand in Hamburg. Kämpferische Demos gegen das Hotel im Wasserturm sind seit über einem Jahr ein Schwerpunkt der radikalen Linken in dieser Stadt.
Da klar ist, dass es dabei nicht stehenbleiben kann, gab es auch wieder Demos und Aktionen gegen die Wurzel des Übels. Dazu gehören die seit drei Jahrenn statt findenden revolutionären 1. Mai-Demos oder die Demo "Think of the Revolution" im November letzten Jahres. Eine linke Bewegung braucht Perspektive - und das kann nur eine revolutionäre Perspektive sein. Klarheit über dieses System und der Wille, es zu überwinden, müssen sich mit einer geeigneten Selbstorganisierung verbinden, aus dem Wissen, dass der Kampf um Befreiung nur von unten, selbsttätig
und im Vertrauen auf die eigenen Stärken geführt werden kann. Für eine klassenlose Gesellschaft - ohne Staat und Kapital!
Für die soziale Revolution!

Revolutionäre 1.Mai Demo:
17 Uhr, U-Bhf Feldstraße

Alkohol und Nationalfahnen sind auf unserer Demonstration unerwünscht.



Protest gegen den G8 Gipfel 2006 in St. Petersburg, Russland

Igor vom Network Against G8 (NAG8) schreibt in Abolishing the Borders from Below #22:
"Die Rolle von Internationals in St. Petersburg ist immer wieder Anlass zu Diskussionen in Russland, weshalb wir ihnen vor den Protesten davon erzählen sollten. Wir rufen nicht nach Rambos, aber mensch sollte auch nicht als totaler Tourist kommen - und es ist schwer einen Weg zwischen diesen beiden Haltungen zu finden. Und ganz gleich wie sehr wir uns internationale Unterstützung wünschen, so wissen wir doch, dass wir von den Internationals nicht erwarten können, dass sie die grundlegende Organisierungsarbeit machen - das müssen wir schon übernehmen. Doch selbst wenn nur wenige Dutzend Leute "mutig genug" sind nach St.Petersburg zu reisen, werden sie eine wichtige Rolle dabei spielen, den Beweis anzutreten, dass die Alternative zur kapitalistischen Weltordnung nicht im Nationalismus zu suchen ist, wie es der Mainstream des "Antiglobalismus" in Russland behauptet, sondern in internationaler Solidarität. Also, auch wenn ihr eine Scheissangst habt, lasst uns nicht komplett alleine!"

Am 15. Juli beginnt in St. Petersburg der erste G8 Gipfel in der Geschichte Russlands.
Bereits zum 300. Gründungstag der Stadt vor drei Jahren war die Stadt voll von Polizei, es gab Veranstaltungsverbote und einen Monat vor dem Großereignis Visastopp, dass heißt visapflichtige AusländerInnen konnten grundsätzlich kurzfristig nicht nach Russland einreisen. Ähnliches Vorgehen kann auch zum G8 Gipfel von der russischen Regierung erwartet werden. Auf einem internationalen Vorbereitungstreffen anarchistischer und libertärer Zusammenhänge in Kiev (NAG8) wurde Mitte Februar eine legal support Gruppe gegründet (Kontakt: Piter.Legal@yahoo.com), die sich die nächsten Monate mit konkreter Antirepressionsarbeit und internationaler Öffentlichkeit beschäftigen will. Es geht um die rechtliche Unterstützung von Leuten, die Ziel staatlicher Repressionen sind und die Verbreitung von Informationen über Übergriffe auf Protestierende und Protest-Vorbereitende. Es soll um Infos zu rechtlichen Fragen in Russland gehen, um den Aufbau von legal observern, die vor Ort gegen staatliche Übergriffe unterstützen sollen und gegen Grenzprobleme. Zusätzlich möchten wir schon jetzt einen Verteiler aufbauen, über den internationale sympatisierende Gruppen und Medien

über unsere Arbeit informiert werden, sowie auch über konkrete staatliche Übergriffe während des Gipfels und Solidaritätsaufrufe. Wir sammeln Informationen über Repressionen gegen Menschen und Gruppen, die verdächtigt werden, Proteste gegen den G8 in St.Petersburg vorzubereiten. Wir benötigen dringend Leute, die schnell verschiedene Sprachen übersetzen können und gut per email erreichbar sind (vor allem für die Tage des Protestes, also vom 8. bis 18. Juli etwa). Außerdem sammeln wir Medienkontakte, suchen potentielle legal observers und Gruppen, die ihre Erfahrungen (z.B. auch Broschüren, Berichte) mit uns teilen (am Besten gleich auf englisch und russisch übersetzt).

In Russland gibt es keine vergleichbaren Strukturen wie z.B. während des Gipfels in Schottland, wir brauchen Demosanis und bestenfalls professionelle ÄrztInnen bzw. SanitäterInnen, die vor Ort Demosanis aufbauen können. Es gibt bereits einige Anzeichen, dass Demosanis aus UK und Berlin dabei sein werden. Unser Ziel ist, Meinungsfreiheit einzufordern und den zu erwartenden Repressionen solidarisch und international entgegenzutreten. Dafür brauchen wir viel Unterstützung, vor allem während des Gipfels in St.Petersburg, aber auch während der geplanten "warm up" Woche davor in Moskau. Aber auch wenn mensch nicht nach Russland kommen kann, gibt es Möglichkeiten der Unterstützung. Am 14. Juli soll ein Globaler Aktionstag stattfinden, zu dem dezentral weltweit aufgerufen wird. Wir werden Eure Solidarität auch vor russischen Botschaften in möglichst vielen Städten brauchen, vor allem am 16. Juli, wo schon jetzt zu einem "Jail Solidarity day" aufgerufen wird, um den zu erwartenden Repressionen entgegenzutreten.

Zu den Grundsätzen des NAG8 Bündnisses siehe:
http://spb8.hardcore.lt/post10

Mehr Infos zu den Vorbereitungen gegen die G8 in Russland:

g8-06.plentyfact.net/index.php/Main_Page - englische homepage der lokalen Vorbereitungen

www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/g82006/index_de.html
homepage von PGA zum G8 2006

www.gipfelsoli.org
Meldungen über internationale Solidarität

First call!

"Camp Inski" - Anti-G8-Camping direkt an der Ostsee: Für globale soziale Rechte und ein ganz anderes Ganzes!

04. bis 13. August 06

Im Sommer 2007 treffen sich im Kempinski Grand Hotel im Ostseebad Heiligendamm bei Rostock die VertreterInnen der wirtschaftlich und militärisch führenden Staaten des Nordens. Aus guten Gründen ist schon viel gegen die G8 geschrieben worden und auch dieser Aufruf kommt nicht umhin, sich für ihre Abschaffung auszusprechen. Schließlich sind sie in einer Welt der Ausbeutung, Armut und Unterdrückung, der Globalisierung des Krieges, des sozialen Angriffs und der Migrationsbekämpfung zentrale Knotenpunkte im institutionellen Apparat der herrschenden Weltordnung. In der politischen Geographie des Protestes und des Widerstandes sind Gipfel zugleich symbolische Orte eines kollektiven und vielstimmigen, die neoliberale Illusion vom Ende der Geschichte erschütternden - YA BASTA! - "Es reicht!" geworden. Was sich in den Protesten neu entwickelte war die gemeinsame Fähigkeit, sich das Ganze als etwas vorzustellen, das ganz anders sein könnte, und das global.

words ...

Die Gipfelproteste in den 1990ern, im neuen Jahrtausend in Prag, Göteborg und Genua bis hin zu den Protesten in Gleneagles und St. Petersburg stehen für vielschichtige jüngere Bewegungserfahrungen im alten Themenfeld des Internationalismus. Wenn wir in unserer Mobilisierung an eine Analyse vorangegangener Kämpfe anknüpfen wollen, so lohnt es sich, in unserem sympathischen aktionsorientierten Milieu auch mal Denkpausen als bewusste Zwischenetappe einzulegen. Gefragt sind theoretische Überlegungen, die versuchen, die neoliberale Umstrukturierung der Welt zu erfassen, genauso wie der neugierige Austausch über Widerstandspraxen, die sich lokal und global entwickeln.

Schon bei den Protesten in Gleneagles, beim BUKO in Hamburg, bei mehreren Treffen der linksradikalen Netzwerke 'Dissent!' und 'Interventionistische Linke' und zuletzt bei der breit besuchten Aktionskonferenz in Rostock ist deutlich geworden, dass BasisaktivistInnen aus so unterschiedlichen Milieus wie der gewerkschaftlichen Linken, antirassistischen Initiativen, der Graswurzel-Bewegung, Flüchtlingsselbstorganisierungen, Leute bei attac und aus der autonomen Linken schon aus den Startlöchern für eine Mobilisierung für das Jahr 2007 heraus sind. Und AktivistInnen aus unterschiedlichen Zusammenhängen aus ganz Europa fragen jetzt schon nach, wie es um die Gipfelmobilisierung in Deutschland steht, um eine inhaltliche und praktische Kontinuität der Proteste zu gewährleisten.

In allen diesen Spektren möchten wir für die Idee eines Camps schon in diesem Jahr werben. Wir wollen kein ausschließendes Spektrumlabel für das Camp, denn der Kampf um globale Rechte ist nur als Kampf und Auseinandersetzung um unterschiedliche Gesellschafts- und Emanzipationsvorstellungen denkbar. Stattdessen halten wir es für entscheidend, politische Formen zu finden, in denen Positionen formuliert und Konflikte offen und öffentlich ausgetragen werden können.

Das Camp 2006 soll ein solcher Ort der Begegnung, des Austausches und selbstverständlich auch des Streites unterschiedlicher Spektren der heterogenen Bewegungslinken werden. Wir wollen den verschiedenen europäischen und internationalen Konzepten von Bewegung, Protest und Widerstand nachspüren, um "Unterschiede zu erkennen und Ähnlichkeiten anzuerkennen." Natürlich mit dem Ziel, die Energie und die Erfahrungen aus dem Gipfel 2006 in St. Petersburg aufzugreifen und bis zum Sommer 2007 einen breiten, entschlossenen und wirkungsvollen internationalen Widerstand zu organisieren.

... and action

Neben gutem Leben an der schönen Ostsee (in anstrengender Selbstorganisation) mit ausreichend Raum für Diskussionen und Veranstaltungen, Workshops und AG's wird Camp Inski, das Anti-G8-Camp an der Ostsee, selbstverständlich mit Protesten und - wo es angebracht ist - auch mit sozialem Ungehorsam in Aktion treten und in der Region Präsenz zeigen:

Unter dem Motto "Das globale Lagersystem lokal bekämpfen" wollen wir an die Erfahrungen der no-lager-kampagne in Mecklenburg-Vorpommern anknüpfen.

Lager für Flüchtlinge und MigrantInnen, diese Orte, die auf keiner Landkarte eingezeichnet sind, lassen sich mittlerweile überall in Europa finden. Sie produzieren eine Hierarchisierung von Rechten und sind damit zentraler Bestandteil eines globalen Ausgrenzungssystems. Wir hingegen sagen: Die Möglichkeit, sich frei zu bewegen, ist ein Recht, welches es global zu teilen gilt!

"Hanse Sail Rostock 2006"
10. bis 13. August
Dieses Datum hat sich die Marine im Kalender besonders dick unterstrichen. Auf dieser maritimen Großveranstaltung feiert die Marine ihr 50-jähriges Jubiläum. Daher wird es in diesem Jahr ein Aufgebot der ganz besonderen Art geben." (www.hanse-sail.com) Erwartet wird auch die im Rahmen von "enduring freedom" im "Anti-Terroreinsatz" erfahrene Fregatte MECKLENBURG-VORPOMMERN sowie Marineeinheiten anderer Länder. Lasst uns gemeinsam antesten, wie viel antimilitaristischen Widerspruch die verspielte "volksnahe" Zurschaustellung globalisierter Kriegsbereitschaft der Industrienationen Rostock aushält!

Der Flughafen in Rostock/Laage wird sowohl von der zivilen Luftfahrt als auch militärisch von der Bundeswehr genutzt und spielt somit auch eine zentrale Rolle für die NATO. Von hier aus starten die Eurofighter, die ab Sommer 2006 auf dem sogenannten Bombodrom-Gelände nahe dem brandenburgischen Wittstock den kombinierten Einsatz von Luft- und Bodentruppen üben wollen. Rostock/Laage bietet als ein Ort der Modernisierung der weltweiten NATO-Kriegsführung reichlich theoretische und praktische Ansatzpunkte für das Camp Inski.

Im September finden in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen statt. Die NPD rechnet sich gute Chancen aus, in den neuen Landtag einzuziehen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist der Kampf gegen die "Globalisierung". Das Angebot der extremen Rechten heißt Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Ein Grund von vielen, dass wir uns auch in den NPD-Wahlkampf einmischen.

Migration, Antifaschismus und der Widerstand gegen Militarismus und Krieg sind nur einige Themen, die beim Camp Inski 2006 eine Rolle spielen werden. Doch wir wollen mehr, denn die neoliberale Umstrukturierung der Welt ist vielfältig - unser Widerstand und unsere Widerstandsformen auch. Daher rufen wir international auf, sich aktiv mit Workshops, Aktionen und Diskussionen am Camp Inski zu beteiligen.

Organisiert Euch - Bringt Euch ein - Für ein ganz anderes Ganzes!
Kontakt: www.camp06.org
Mailingliste: camp2006@lists.so36.net
Campgruppe: info@camp06.org
oder camp06@riseup.net
Kontakt für das Kulturprogramm:
kultur@camp06.org
Post: Camp Inski, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin

Weltbanktagung 1. & 2. Juni in der Handelskammer/ Hamburg
Die Polizei befürchtet Proteste
... wir liefern sie!!!

Polizei befürchtet Proteste gegen Weltbankforum
Experten beraten bei Treffen Anfang Juni in der Handelskammer
Situation im Nahen Osten - Verschärfte Sicherheitslage
von Martin Kopp und André Zand-Valiki
Die Hamburger Polizei fährt ihre Sicherheitsvorkehrungen hoch. Wenige Tage vor dem Start der Fußballweltmeisterschaft findet in Hamburg eine Tagung der Weltbank statt, bei der mit Protesten von Globalisierungsgegnern und linken Gruppen gerechnet werden muß. Am 1. und 2. Juni führen Weltbank, Hamburger Senat sowie die Handelskammer das achte deutsche Weltbankforum durch. Dabei werden Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über Schlüsselfragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung diskutieren.
Im Mittelpunkt des Weltbankforums stehen die Chancen und Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Dazu werden in den Räumen der Handelskammer der Präsident der Weltbank, Paul Wolfowitz, die Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), und die Wirtschaftsministerin der Vereinigten Arabischen Emirate, Sheika Lubna, erwartet. Auch der Nah- und Mittelost-Verein engagiert sich.

Für die Hamburger Polizei wird die Tagung ein Großeinsatz werden. Details sind noch nicht bekannt. "Wir wissen, daß die Veranstaltung stattfindet. Das genaue Programm liegt bei uns noch nicht vor", sagt Kriminaldirektor Ralf Meyer. "Deshalb gibt es keine konkreten Planungen." Sicher ist, daß die Polizei an beiden Tagen starke Präsenz zeigen wird. "Die Weltbank gehört klar zum Feindbild der linken Szene", sagt ein Beamter. In der Vergangenheit hatten vor allem Globalisierungsgegner immer wieder gegen einzelne Projekte oder die 1944 gegründete Institution protestiert.
Hamburg will nicht so unvorbereitet in das Weltbanktreffen gehen, wie Tschechiens Hauptstadt Prag im September 2000. Damals lieferten sich Globalisierungsgegner während einer Tagung des Weltwährungsfonds und der Weltbank Straßenschlachten mit der Polizei, es kam zu Plünderungen. 600 Menschen wurden bei den Ausschreitungen verletzt.

"Wir müssen davon ausgehen, daß die Szene die Tagung zu einem Thema machen wird, für das weit über die Stadtgrenze Hamburgs hinaus mobilisiert wird", so der Polizist. "Dementsprechend müssen wir uns auf Demonstrationen einstellen, auch unter Beteiligung militanter Teilnehmer."
Unabhängig davon gelten Veranstaltungen der Weltbank und ihre Teilnehmer auch als potentielles Ziel terroristischer Anschläge. Hinzu kommt, daß die Region, um die sich die Konferenz im Juni dreht, zahlreiche Konflikte birgt. Notwendig für ein nachhaltiges Wachstum und eine intensivere Integration des Nahen und Mittleren Ostens in die internationale Staatengemeinschaft sind in erster Linie Sicherheit, politische Stabilität sowie der Wille zu wirtschaftlichen und politischen Reformen.
Im Fokus der Konferenz stehen deshalb Themen, die sich mit den Voraussetzungen für bessere Lebensbedingungen der Bevölkerung befassen: Bessere Bildungsmöglichkeiten, stabile Gesundheitsversorgung, eine moderne Medienpolitik, die Sicherstellung der Infrastruktur- und Wasserversorgung und nicht zuletzt die Bekämpfung von Korruption und Terrorismus.
Artikel erschienen in der Welt am 15. April 06.

Dokumentation:

Es fährt kein Zug nach nirgendwo

Wir haben in der Nacht zum 27.03.2006 acht LKW der Gleisbaufirma Thormählen Schweißtechnik (TST) in Bad Oldesloe verbrannt und ausrangiert. Unsere Aktion richtet sich gegen die Beteiligung von TST an der imperialistischen und neokolonialistischen deutschen Außenpolitik und unterstützt die Kampagne gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007.
Bei TST wird in diesen Tagen der Abschluss eines gigantischen Geschäfts gefeiert. So schnell wie möglich soll ein Konsortium aus deutschen Firmen ein neues Eisenbahnnetz im Südsudan errichten. Zusätzlich sind auch der Bau von Kraftwerken, Brücken, Strassen, Stromleitungen, ein Telefonnetz und sogar eine Radiostation in den Auftragsbüchern notiert. Investitionen für geschätzte 8 Mrd. Euro, Tendenz steigend. Bisher sind die "unvermeidlichen" Siemens, Thyssen-Krupp, Strabag, Bilfinger/Berger, aber auch illustre Gäste wie Radio Hamburg beteiligt. Die Vorhaben sollen durch die Erlöse aus der Ölförderung und aus den Goldminen im Sudan, aber auch durch Hermesbürgschaften der Bundesregierung finanziert werden.

So weit so üblich, war da noch was ?
Ach ja, im Sudan wird seit Jahrzehnten Krieg geführt, mit 2 Mio. Toten allein in den letzten 20 Jahren. Massaker und Vergewaltigungen, Armut und Hunger haben noch mal mehr als 4 Mio. Menschen zu Flüchtlingen gemacht, die an den Mauern der Festung Europa erschossen werden oder ertrinken (wie in Ceuta/Mellila, vor den kanarischen Inseln oder im Mittelmeer), auf der Strasse von Polizisten massakriert werden (wie 2005 in Kairo) oder einfach in der Wüste verhungern und verdursten (ohne Schlagzeilen zu machen).
Die Kriege im Sudan haben eine lange komplexe Geschichte. Schon vor der formellen Unabhängigkeit des Landes von der britischen (bzw. ägyptischen) Kolonialverwaltung 1956, wurde eine administrative und soziale Teilung des Landes zwischen dem islamisch-arabisch geprägten Norden und dem christlich-afrikanisch dominierten Süden betrieben. Mit Hilfe von Partizipations- und Ausschlusspolitiken gegen die zahlreichen, auch untereinander verfeindeten Bevölkerungsgruppen wurde die Teilhabe (und Nichtteilhabe) an gesellschaftlicher und ökonomischer Macht reguliert, was immer wieder zu Aufständen führte. Auch nach der Unabhängigkeit wurden diese Kämpfe bis heute fortgesetzt, in denen es um kulturelle und ökonomische Autonomie oder um die Vorherrschaft des Islam geht, und in die immer stärker "äußere" Faktoren einwirken. Durch die IWF- und Weltbankprogramme zur Entwicklung des Landes wurden lokale Konflikte um den Zugang zu Wasser und Land verschärft, die Verarmung von Bauern noch beschleunigt.
Die Kriege in den Nachbarländern Kongo und Uganda verstärkten die ethnischen Rivalitäten im Sudan und der sogenannte Krieg gegen den Terror wurde schon in den 90er Jahren im Sudan ausgetragen, den die USA zum "Schurkenstaat" erklärten und angriffen. Zu einer wesentlichen Triebkraft des Krieges ist die fortgesetzte Entdeckung und Erschließung von Ölvorkommen im Südsudan geworden, die in den 70er Jahren begann und einhergeht mit der gewaltsamen Vertreibung der Menschen, die in den Fördergebieten leben, und die den Kampf um die Verteilung der Profite aus dem Ölgeschäft einschließt. Inzwischen sind die politischen, strategischen und ökonomischen Interessen der imperialistischen Länder und milliardenschwere Investitionen großer Firmenkonsortien zu bestimmenden Faktoren im Krieg geworden.



In wechselnden Konstellationen werden die Kriegsparteien von den USA, Russland (Bzw. früher Sowjetunion) und seit einigen Jahren auch von China und Deutschland finanziert und ausgerüstet.
Seit Mitte der 90er Jahre wird die aufständische südsudanesische SPLA (sudanes. Befreiungsarmee) von den USA protegiert, die bis in die 80er Jahre noch die nordsudanesische Zentralregierung unterstützten. Die Zentralregierung wiederum erhält Waffen und Geld von China und Russland und bezahlt dafür mit Ölförderrechten.
Die Errichtung einer Pipeline von den Ölfeldern im Südsudan zum Exporthafen Portsudan im Norden am Roten Meer 1999 und die Entdeckung weiterer riesiger Ölvorkommen im Süden seit 2001 haben das Interesse ausländischer Investoren noch vergrößert und den Krieg weiter angeheizt.
Für eine profitable Ausbeutung der Ölquellen - wie auch für den Export anderer Rohstoffe (Erdgas, Gold und Edelholz) ist aber jetzt eine Beendigung des Krieges notwendig geworden. Deshalb wurde die sudanesische Zentralregierung von den USA und der BRD unter der massiven Androhung militärischer Gewalt ("humanitärer" Aufhänger waren die Massaker im sudanesischen Darfur 2003) zum Abschluss eines Friedensvertrags mit der SPLA im Januar 2005 gezwungen. In diesem Vertrag ist die Bildung einer gemeinsamen Übergangsregierung vorgesehen, die die Teilung der Gewinne aus der Ölförderung überwachen soll, und ein Referendum über die vollständige Unabhängigkeit des Südsudan im Jahr 2011, dem dann fast alle Ölquellen zufallen würden.
Hier bekommt nun das Eisenbahnprojekt von TST seine besondere Bedeutung: Geplant ist im ersten Schritt bis 2010 der Anschluss der Ölfelder an das kenianische Eisenbahnnetz im Süden mit Anbindung an den indischen Ozean. Im zweiten Schritt sollen dann die weitern Fördergebiete im Südsudan an die Eisenbahn angebunden werden und erst im dritten Schritt ist die Verbindung zu der im Nordsudan existierenden Eisenbahnlinie vorgesehen. Ein Zeitpunkt dafür existiert nicht.
Rechtzeitig zum Referendum 2011 wäre also für den Südsudan eine Ökonomische Eigenständigkeit durch die Eisenbahn weil das Öl nicht mehr über die bisher einzig existierende Verbindung durch die Pipeline in den Nordsudan exportiert werden müs-

ste, sondern unabhängig vermarktet werden könnte.
Parallel zum Eisenbahnbau ist geplant, Wasserkraftwerke zur Energiegewinnung, ein Strassen- und Telefonnetz und eine Radiostation zu errichten. Was zunächst vor allem die notwendige Infrastruktur fur den Bau der Eisenbahn selbst liefern soll, wird faktisch der Aufbau eines neuen Staates. Konsequenterweise sind die Pläne für den zukünftigen Regierungssitz als erstes fertiggestellt worden. Mit dem Bau ist bereits der Hamburger Großinvestor Dieter Becken beauftragt.
Für die anderen Projekte stehen Siemens, Thyssen-Krupp und die Strabag in den Startlöchern - es herrscht Goldgräberstimmung. Bezahlt wird mit Öl. Das bisher mit 8 Mrd Euro geschätzte Investitionsvolumen soll erst ein kleiner Anfang sein.
Die US-Regierung verfolgt diese Pläne mit Wohlwollen. Sie plant, die in den 80er Jahren ausgebooteten US-Ölkonzerne wieder ins Geschäft zu bringen. Ihr strategisches Interesse besteht zum eine darin, den chinesischen Zugang zum (sudanesischen) Öl kontrollieren bzw. abschneiden zu können. Zum anderen gibt es Planungen, in 10 Jahren 25% des eigenen Ölbedarfs in Afrika zu beziehen. Dafür ist die Möglichkeit des Exports des sudanesischen Öls über den Indischen Ozean attraktiv, weil das Nadelöhr des Krisen- und Kriegsgebiets Rotes Meer - durch das der Abtransport bisher läuft - umgangen werden könnte. Gleichzeitig wird auch schon über den Bau einer Pipeline zum Atlantik durch den Tschad und Kamerun nachgedacht.
Um das zu verwirklichen, muss aber nicht nur der Krieg beendet, sondern auch die Teilung des Sudan vollzogen werden, womit die Verfügung über das Öl allein dem Südsudan zufiele. Am Ausgang des Referendums zweifelt niemand. Allerdings ist auch spätestens bei einer Teilung des Landes ein neuer Krieg sehr wahrscheinlich, denn der Nordsudan hätte als nahezu reines Agrarland keine große Entwicklungsperspektive auf dem Weltmarkt und wird auf die Teilhabe am Ölgeschäft nicht bedingungslos verzichten. China hat angeblich bereits jetzt schon 4000 Soldaten zur Sicherung seiner Interessen im Land stationiert. Kommt es bei einer Sezession des Südens tatsächlich zu einem neuen Krieg, hätte die deutsche Regierung neben den üblichen humanitären Legitimationsfloskeln auch handfeste ökonomische Interessen, die militärisch geschützt werden könnten und müssten, will sie den deutschen Firmen ihre Geschäftsmöglichkeiten sichern und weiter am Zugang zu den Rohstoffen partizipieren.
Die ersten Stellungen im Sudan sind von der Bundeswehr bereits bezogen. Sie leistet logistische Hilfe im Rahmen des UNMIS-Einsatzes zur Überwachung des Friedensabkommens zwischen SPLA und sudanesischer Regierung. Ein weiterer Einsatz in der dem Sudan benachbarten demokratischen Republik Kongo wird gerade vorbereitet und in einigen Wochen dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegt. Dieser Einsatz wird vorrangig von deutschen und französischen Soldaten der "europäischen Eingreiftruppen" getragen. Die Leitung der Mission wird im Potsdamer Führungshauptquartier der Bundeswehr untergebracht. Die strategischen Ziele der Bundesregierung formulierte kürzlich der für Außen- und Sicherheitspolitik zuständige CDU-Bundestagsfraktionsvize Andreas Schockenhoff stellvertretend für Verteidigungsminister Jung (CDU) und Außenminister Steinmeier (SPD):" Deutschland hat erhebliche Interessen an der Stabilisierung des Kongo. Die dortige Entwicklung beeinflusst die zahlreichen Nachbarn (sic!) und strahlt weit ins südliche Afrika". Und er gibt zu bedenken, dass der Kongo "eines der ressourcenreichsten Länder der Welt ist und vor allem über strategische Rohstoffe verfügt, die für Europa wichtig sind". Propagandistischen Vorrang vor der militärischen Variante imperialistischer Unterdrückung
bekommt im Sudan aber zunächst die "zivilgesellschaftliche" der sogenannten Entwicklungshilfe. Dafür wurden in Brüssel nach Abschluss des Friedensvertrags 2005 insgesamt 400 Mio Euro lockergemacht. Ein weiterer Strang sind die Hermesbürgschaften für den Eisenbahnpionier Thormählen und seine Freunde. Thormählen phantasiert auch schon von der friedensschaffenden Ausstrahlung seines Projekts, in dem er ehemaligen Milizionären der SPLA zu Tausenden Arbeitsplätze beim Eisenbahnbau verschaffen und sie so durch "ehrliche Arbeit" resozialisieren will. Glück und Frieden durch Investitionen und Wachstum. Leider werden die Menschen, die die Eisenbahn, die Kraftwerke und die Strassen bauen sollen, am Gewinn und Reichtum den sie produzieren nicht beteiligt werden. Vorher werden sie wieder als Kanonenfutter für den nächsten Krieg um Öl und strategische Märkte rekrutiert und umgebracht. TST steht aus unserer Sicht mit dem sudanesischen Eisenbahnprojekt beispielhaft für die konkrete Umsetzung eines neuen deutschen Imperialismus, der nicht vordergründig auf militärische Eroberung setzt, sondern auf die Ökonomische Durchdringung potenziell produktiver Zonen überall auf dieser Welt, und der ihre (Re)Integration in den kapitalistischen Weltmarkt zum Ziel hat.
Ob sich Thormählen nun selbst als visionärer Kaufmann, als idealistischer Entwicklungshelfer oder als deutscher Friedensengel des 21. Jahrhunderts betrachtet, ist dabei belanglos. Der Zug, der auf seinem Gleis rollen wird, heißt Krieg, die Stationen Hunger, Elend und Tod. Für uns ist entscheidend, dass das TST Projekt ein strategischer Teil der imperialistischen (Rück)Eroberung der sudanesischen Rohstoffquellen ist.
Dieses Eisenbahnprojekt macht die Zusammenhange und das Wechselverhältnis kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Kriege sichtbar. Wir haben dieses Prinzip dort angegriffen, wo wir es erreichen können. An dieser Stelle wollen wir solidarische Grüße an die Gruppe M.A.M.I. schicken, die im Januar anlässlich der Nato-"Sicherheitskonferenz" Brandanschläge auf LKW der Firma Imtech in Hamburg durchgeführt hat. Wir begrüßen eure Idee, Antiglobalisierungsbewegung und antimilitaristische Initiativen in der Vorbereitung des G8-Gipfels 2007 in Deutschland zusammen zu bringen. Ob sich das in einer gemeinsamen Aktionsreihe zur nächsten "Sicherheitskonferenz" 2007 in München verwirklichen lässt, muss sich aber noch zeigen. Wir finden es aber in jedem Fall richtig, den Vorlauf zum G8-Gipfel zu nutzen, um die verschiedenen linksradikalen Teilbereichspolitiken zu bündeln und - wo es geht - auch zu vernetzen. Es ist bereits absehbar, dass sich in der inhaltlichen Vorbereitung auf Heiligendamm einige wenige Schwerpunktthemen herauskristallisieren werden. Aus unserer Sicht gehört das Thema Krieg und deutscher Imperialismus dazu. Vor diesem Hintergrund reihen wir uns mit unserer Aktion in die laufende Kampagne gegen den G8 in Heiligendamm ein und hoffen, dass weitere Gruppen aus dem antimilitaristischen und antirassistischen Spektrum sich anschließen werden. Der deutsche Imperialismus und Kolonialismus hat eine lange und blutige Geschichte, nicht zuletzt in Afrika. Firmen wie Siemens, Thyssen-Krupp, Strabag und Bilfinger/Berger sind mit dieser Geschichte seit Jahrzehnten verbunden.

Wir begrüssen nun auch Thormählen Schweißtechnik im Club.

Internationalistische Zellen

(siehe auch: Zeitungsausschnitt Seite 27)

antifa reloaded:

Wir hören mit der Scheiße nicht auf, bis die Scheiße aufhört!
In diesem Sinne gibt es Berichte von verschiedenster Antifa-Action (Lübeck Naziaufmarsch & Gegenaktionen 1.4.06), etwas Bolzen (Chemnitz vs. St. Pauli 1.4.06) und jetzt Neu: In unregelmäßiger Folge stellen wir Euch verschiedene Nazikader vor. Warum? Weil es nicht zuletzt in solchen Fällen wie Thekla Kosche (bitte googeln!) die Gefahr gibt plötzlich in einer gemeinsamen Vorlesung zu sitzen oder wie bei unserem heutigen Fall die Schulbank zu drücken und von einer Faschistin unterichtet zu werden. Außerdem kann es so oder so nicht schaden die Schweine zu kennen, nicht zuletzt um direkt aktiv gegen sie vorgehen zu können. Wir verweisen an dieser Stelle mal wieder auf antifainfo.de, wo eine sehr nette Kampagne gegen Nazis in Harburg dokumentiert wurde und dort finden sich auch Spots von Nazikadern wie Alexander Hohensee usw.
Am Rande: Wir machen ein Stück weit diese Seiten auch für euch und deshalb würden wir uns freuen wenn ihr uns mal Rückmeldungen geben könntet was ihr eigentlich wollt und braucht. Also, wollt ihr mehr Liveberichte von Actions?, mehr Analyse?, mehr Offenlegung von Nazistrukturen?, mehr??? Gerne als LeserInnenbriefe in der Zeck!
Also ihr seid auch mal dran!
Eure Autonome Antifa

April, April Lemmy!

Am 1. April versuchten ca. 200 Nazis unter dem Motto "Bomben für den Frieden - Zum Gedenken an die Opfer des alliierten Bombenterrors auf Lübeck" einen Trauermarsch durch die Lübecker Innenstadt zu machen. Im Vorfeld hatte sich ein breites Bündnis aus Antifas, Kirchen, Gewerkschaften und anderen Initiativen gebildet und unter dem Motto "Wir können sie stoppen!" zu einer Gegendemo aufgerufen. An der Gegendemo beteiligten sich ca. 3700 Menschen. Trotz des eher zivilgesellschaftlichem Charakters der Gegenaktionen fanden auch mehrere hundert Antifas aus Norddeutschland den Weg nach Lübeck und führten zunächst eine Spontandemonstration vom Bahnhof zur Auftaktkundgebung durch. Wie auch schon in Neumünster diente diese Action zum antesten der Bullen & ihrer Strategie. Außerdem ist dabei auch der Fun-Character nicht zu unterschätzen. Wir empfehlen in zukünftigen Überlegungen diese Vorab-Ankomm-Spontan Demos mehr zu pushen!

Von dort zog eine lautstarke Gegendemo durch die Innenstadt. Auf der Holstentorbrücke, dem zentralen Zugang zur Lübecker Altstadt (die auf einer Insel liegt) aus Richtung Innenstadt blieb diese dann einfach stehen und blockierte so den direkten Weg der Nazis, die sich zeitgleich am Bahnhof sammelten. Die Bullen, die bereits im Vorfeld angekündigt hatten, eine etwaige Blockade nicht zu räumen, leiteten die Nazis so um die Altstadtinsel herum und versuchten ihnen an anderer Stelle, im Bereich des Domviertels den Weg in die Innenstadt zu ermöglichen. Dies führte zu chaotischen Situationen im von kleinen Strassen und Hinterhöfen geprägten Viertel um den Dom: Viele Bürger und Antifas begaben sich von der Blockade dorthin, errichteten vereinzelt kleine Barrikaden, Müllcontainer brannten und die Einsatzleitung hatte jeden Überblick verloren, was trotz des brutalen und nervösen Handelns der Bullen dazu führte, dass die Nasen nur eine Kundgebung außerhalb der Altstadtinsel abhalten konnten, die durch einige hundert Menschen vor dem Dom sowie dessen Glocken akustisch ziemlich unterging. Nachdem die Nazis wieder am Bahnhof ankamen, sorgten die Bullen, die teilweise Nazis und Antifas in die selben Züge setzten, für einige noch für eine erlebnisreiche Abreise.

FAZIT: In Lübeck ist es erstmalig seit Ende der 90er wieder geschafft worden, eine breite Mobilisierung gegen einen Naziaufmarsch zu starten. Durch die erfolgreiche Blockade sind die Nazis fast ausschließlich durch völlig menschenleeres Gebiet marschiert. Der Versuch der Polizei die Nazis ins Domviertel zu lassen war eine völlig unnötige Eskalation der Lage und hat zu mindestens 36 Fest- bzw. Ingewahrsamnahmen und einigen, teilweise Schwerverletzten geführt. In dieser Situation wäre eine stärkere Mobilisierung im autonomen Spektrum sicherlich von Vorteil gewesen.
Dennoch hat sich wieder einmal gezeigt, dass sich das Agieren von zivilgesellschaftlichem Bündnis und autonomen Antifas prima ergänzen und zu einer erfolgreichen Behinderung von Naziaufmärschen führen kann. Die Lübecker Nazis um den stellvertretenden NPD- Landesvorsitzenden von Schleswig Holstein, Jörn Lemke wollen es nächstes Jahr erneut versuchen.

Sollen sie ruhig, wir hatten unseren Spaß!

CHEMNITZ vs ST.PAULI

Das Spiel zwischen St. Pauli und Chemnitz nahmen Nazi-Hools aus dem ganzen Osten (laut taz) zum Anlass nach Hamburg zu kommen. Sie wollten "Zecken" jagen. Schon ab Harburg hatten sie Bullen im Zug, die jedoch nicht verhinderten, dass ein Teil der Nazi-Hools "Sieg Heil"-rufend durch St. Georg zog und migrantische Läden attakkierte. Im Stadion gingen die Provokationen weiter. Hakenkreuz-Fahnen ohne Hakenkreuz (roter Grund mit weißem Kreis) wurden gezeigt, Pyrotechnik angezündet (wegen einer Rauchbombe wurde das Spiel für ca. 5 Minuten unterbrochen), St. Pauli-Offizielle wurde als "Juden" beschimpft und es wurde versucht den Zaun zur Haupttribüne zu überwinden. "Ho-Na-Ra"-Rufe, (steht für "Hooligans, Nazis und Rassisten") waren das ganze Spiel über zu hören.
Nach dem Spiel warteten viele St. Pauli-Fans & AntifaschistInnen an der Budapester Straße auf die "Chemnitzer Fans" um deutlich zu machen, dass so ein Verhalten am Millerntor und auch sonst nicht akzeptiert, sondern sanktioniert wird. Die völlig unterbesetze Polizei sah sich gezwungen alle Hundertschaften in Dienst zu nehmen und mit über 500 Bullen, Hunden und Wasserwerfern wurden dann die Nazi-Hools über zwei Stunden nach Spielende mit HVV-Bussen in Sicherheit gebracht. Sowohl die eingesetzten Wasserwerfer als auch die an- und abfahrenden Busse wurden mit Wurfgeschossen aller Art bedacht. Aber damit kehrte noch keine Ruhe ein. Gruppen von Nazi-Hools, die nicht ins Stadion gekommen waren (z.B. wegen "Thor Steinar"-Klamotten) zogen über die Reeperbahn und griffen vermeintliche Linke an. Manche nutzten den Naziladen in der Talstraße um sich mit neuen Klamotten zu versorgen.
Ca. 20 von ihnen wurden später im Silbersack auf dem Kiez von der Polizei eingesackt. Insgesamt gab es am dem Tag über 40 Ingewahrsam- und fast 10 Festnahmen. Die meisten waren Nazi-Hools. Um Pauli-Fans vor dem Stadion mitzunehmen fehlten der Polizei die Kräfte (denkt an die Videoauswertung! In Zukunft IMMER, egal bei was VERMUMMEN!). Das hinderte die Schweine aber nicht daran hier und da mal ordentlich hinzulangen und GenossInnen von uns zu verletzten. Dieses Spiel hat einmal mehr deutlich gemacht, dass mensch sich bei Auseinandersetzungen rund ums Bolzen ganz sicher nicht auf die Bullen verlassen kann. Das sollte mensch bei Planungen bezüglich der WM bedenken!

Da wird dann nämlich ein ganz anderen, riesiger widerlicher Mob von alkoholisierten Männern, Deutschland-Fans, Nazi-Hools und "einfachem" deutschen Volksmob auf der Straße sein.

ERGÄNZUNG DER REDAKTION: Nach dem Spiel gab es 12 Stadionverbote. Wer denkt, das haben die Nazis davon, irrt: Nur 4 der Verbote wurden an Chemnitzer Fans verteilt, 8 Verbote erhielten St. Pauli Fans. Einige interessante Links:
Rassismus im Fussball
www.tatort-stadion.de
(Ausstellung ist zu sehen beim 3. antirassistischen Einladungstunier vom 12.-15.05., Kollaustr.)
oder www.aktive-fans.de

NAZI KADER ON THE SPOT:

Anja Zysk (Jahrgang 1971) ist ein relativ neues Gesicht in der Hamburger Nazi-Szene. Sie zog 2004 nach Hamburg und wurde im März 2005 zum ersten mal bei einer Nazi-Aktion (Kundgebung in Harburg) gesehen. Nicht mal ein Jahr später im November 2005 übernahm sie den Vorsitz vom Hamburger Landesverband der NPD. Seit der Kundgebung in Harburg war sie bei fast jeder Nazi-Aktion in Hamburg und Umgebung (Heide, Lübeck, Stade, Lüneburg) dabei. Sie hat keine Berührungsängste mit den sog. "Freien Nationalisten" und unter ihrer Führung ist die Zusammenarbeit zwischen "Freien" und NPD stärker geworden. Für die NPD war sie auch im Bundestagswahlkampf sehr aktiv. Das ist als Direktkandidatin für Altona (mit Wohnsitz in Eimsbush) und Platz 2 auf der Landesliste auch zu erwarten gewesen. Ihre Ausbildung zur Handelsschullehrerin hat sie an einer Hamburger Berufsschule abgeschlossen. In der NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" sieht sie ihre Wahl als "Signal und eine Ermutigung für alle Frauen, sich künftig noch aktiver in die NPD einzubringen und auch in Führungspositionen für die nationale Sache zu kämpfen." "Die Thematisierung der sozialen Frage" will sie "nicht der Linkspartei/PDS überlassen", weil sonst "eine einmalige historische Chance" verpasst werden würde. Sie hofft "eine



Brücke zwischen nationaler und sozialer Frage zu schlagen" und so "die Bevölkerung für unsere Sache [die der NPD] gewinnen zu können". Wilhelmsburg und Veddel sieht sie als "multikulturelle und multikriminelle Ghettos" und kündigt an, dass "die Hamburger NPD deshalb ihre Agitation gegen Überfremdung und Identitätsverlust konsequent und offensiv fortführen wird". Watch out und haltet eure Viertel sauber!

Dem rechten Lifestyle entgegentreten!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Antifaschistische Demonstration 8.Mai 06, 16.30 Uhr, Gerhard-Hauptmann-Platz

In den letzten Jahren treten Neonazis in Hamburg immer offener, auf: Mit Aufmärschen gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg Verbrechen der Wehrmacht", Info-Ständen vor Arbeitsämtern oder Flugblattverteilungen in den Randgebieten Hamburgs versuchen die Nazis, ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit den Anschein von Normalität zu geben. Neonazistische Musikveranstaltungen - sogar im Herzen Hamburgs, in St. Pauli - sollen nicht nur der eigenen Szene ein "kulturelles" Angebot machen, sondern dienen auch der Rekrutierung von rechts orientierten Jugendlichen. Offen lassen sich die szenetypischen Klamotten etwa in einem Laden in der Talstraße erwerben. In verschiedenen Stadtteilen, u.a. in Harburg, kommt es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen von Nazis, mit denen politische Gegner eingeschüchtert werden sollen. Für die Regierungsparteien dieser Stadt reicht es bei der Bekämpfung faschistischer Aktivitäten nur zu Lippenbekenntnissen und Allgemeinplätzen. Geht es beispielsweise um das öffentliche Auftreten von Neo-Nazis, so sehen nicht erst, aber besonders die seit 2001 regierendenm rechten Senate den Gegner in den protestierenden AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen und MigrantInnen. Diese, nicht die Faschisten, werden brutal niedergeknüppelt und kriminalisiert. Auf Demonstrationen wurden Wasserwerfer sogar gegen Auschwitzüberlebende eingesetzt. Erst kürzlich ging die Polizei mit Gewalt gegen St. Pauli-Fans vor, die sich gegen die Nazi-Hetze und -Angriffe zur Wehr setzten. In Harburg weigert sich die Bezirksregierung, eine Ausstellung über "rechte Subkultur" im Rathaus zu zeigen. Begründung: Extremisten gleich welcher Couleur solle keinen Raum gegeben werden. Diese Argumentation leugnet nicht nur den grundsätzlichen Unterschied, dass sich Linke für eine Ausweitung sozialer und demokratischer Rechte einsetzen, während die Faschisten den Rassismus und das Recht des Stärkeren zum gesellschaftlichen Organisationsprinzip machen wollen; zugleich erlaubt diese Gleichsetzung auch, dass sich die bürgerlichen Parteien als die Bewahrer von Demokratie und Grundrechten darstellen. Tatsächlich jedoch erweitert der Senat den politischen Spielraum der Neonazis: seine aggressive Abschiebepolitik unterstützt das in der Öffentlichkeit verbreitete Bild vom "Ausländer, der hier nix zu suchen hat"; seine autoritäre Politik erweitert die Befugnisse des staatlichen Überwachungs- und Strafapparates; seine neoliberale Politik der Privatisierung und der Vermarktung aller Lebensbereiche führt nicht nur zu einer Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums von "unten" nach "oben", sondern ist auch Teil einer "Politik der Angst". Jahrelange Massenarbeitslosigkeit und der Abbau der bisherigen Absicherung durch soziale Sicherungssysteme führen bei vielen Menschen zu großen Zukunftsängsten; obrigkeitsstaatliches Denken und eine massive Propaganda, die uns lehren soll, dass wir mit solchen Risiken leben müssten, aber auch Prozesse der Entsolidarisierung und Ausgrenzung - etwa die Forderung nach Vertreibung der Bettler aus der Innenstadt bei gleichzeitigem ‚Aufhübschen' des Stadtbildes durch den neuen Jungfernstieg

und die Elbphilharmonie - tragen zur Brutalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. So soll Hamburg ‚hübsch', ‚sauber' und ‚ordentlich' zur Metropole ‚wachsende WM-Stadt' für Touristen und Investoren gemacht werden.
Wir wollen uns nicht länger mit diesen Umständen abfinden. Deshalb werden wir - als Gruppen und Einzelpersonen, die sich im Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) zusammengefunden haben - dem Treiben der Neo-Nazis und ihren Wegbereitern entgegentreten. Wir meinen, dass Nazis auf der Straße und im "Lifestyle" nichts zu suchen haben und rufen die Hamburgerinnen und Hamburger dazu auf, laut Nein zu sagen und sich aktiv gegen Nazis zu wenden.
In den vergangenen Monaten hat es bereits zahlreiche antifaschistische Aktivitäten gegen das Treiben der Faschisten gegeben, so z.B. gegen das Auftreten der NPD in Harburg oder die Versammlungen der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen in den Räumen der Handwerkskammer. Mit einer Demonstration am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung Europas vom Faschismus, starten wir eine Kampagne gegen die zunehmenden Aktivitäten der Neonazis in dieser Stadt. Ganz bewusst verbindet die Route unserer Demonstration dabei zum Auftakt historische Stätten mit aktuellen Bezugspunkten antifaschistischer Orte.

Beteiligt Euch an der Demonstration und der Kampagne!

Hamburger Bündnis gegen Rechts

Veranstaltungen zum 08. Mai

04. Mai
Mischszenen - Kooperation von Nazis und Mitgliedern anderer Milieus
19.00 Uhr Rote Flora (Schulterblatt)

05.Mai
Erich Schaffner singt und spricht:
"Der Krieg ist nichts als die Geschäfte..."
19:00 Uhr im Movimento(Besenbinderhof 57a/ nahe ZOB)

06.Mai
Die Mörder von Sant?Anna sind unter uns.
Bundesweiter Aktionstag für die sofortige Anklageerhebung gegen die SS-Täter
Demonstration um 11.30, Uhr HHVolksdorf
Platz der Weißen Rose

08. bis 12. Mai
Multimediaausstellung: Rechte Jugendkulturen - Zwischen Lifestyle, Clique und Partei
täglich 10-18:00 Uhr
Führungen und Seminareinheiten nach Vereinbarung
Ort: St. Johannis Kirche, Bremer Str. 9, nahe S Harburg-Rathaus

09. Mai
Filmvorführung zum SS-Massaker inSant?Anna Italien
20.30 Uhr im B-Movie, Brigittenstr. 5, St. Pauli

11. Mai
Christian Dornbusch: "Rechte Jugendkulturen"
Mode, Lifestyle, und Musik
19:00 Uhr im Movimento (Besenbinderhof 57a/ nahe ZOB)

13. Mai
Rundgang durch die KZ Gedenkstätte Neuengamme
11:00 Uhr Treffpunkt: Haupteingang der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

15. Mai
Lesen der Verbrannten Bücher
16:00 Uhr Uni-Campus Hamburg,neben VMP 9 (Ex-HWP)

16. Mai
Filmvorführung "Todesengel" - über deutsche Kriegsverbrechen in Italien und den Hamburger Kriegsverbrecher Siegfried Engel
19.00 Uhr Kulturladen "Alles wird schön"
Friedrich-Naumann-Str. 27, Harburg

Konkrete Infos unter:
www.achter-mai.de

Rassistischer Mordversuch in Potsdam

Der 37-jährige Deutsche Ermyas M. ringt nach einem rechtsradikalem, rassitischem Übergriff immer noch mit dem Leben. Am Ostersonntag war er von Unbekannten in Potsdam überfallen und schwer misshandelt worden. Er erlitt ein schweres Schädel-Hirn-Trauma sowie Knochenbrüche und liegt noch immer im Koma. Der Angriff ereignete sich am frühen Morgen gegen 3.35 Uhr. Dass die Tat einen rassistischen Hintergrund hat, war eindeutig, da auf der Handymailbox des Opfers Fragmente des Tatgeschehens dokumentiert sind. So wurde Ermyas als "Scheiß-Nigger" beschimpft. Nachdem selbst die Staatsanwaltschaft von einer rassistisch motivierten Tat ausging und unter anderem wegen Mordversuchs mit fremdenfeindlichem Hintergrund ermittelte, tat sich Brandenburgs Innenminister Schönbohm damit sichtlich schwer: "Ich bin immer dafür, dass man Sachverhalte erst beurteilt, wenn man sie kennt. Wir kennen den Tathergang noch nicht."
Mittlerweile sind ein 29-jähriger und ein 30-jähriger Deutscher wegen dringendem Tatverdachts festgenommen worden. Doch jetzt rudert selbst die Staatsanwaltschaft zurück und spricht von "mutmaßlichen Rechtsradikalen". So heißt es in der Erklärung der Bundesanwaltschaft "dass die Täter die Tat aus Ausländerhass und auf der Grundlage einer rechtsextremistischen Gesinnung begannen haben", eine Sprecherin der Behörde ergänzte jedoch sogleich "dies gelte allgemein für die Tat und keineswegs für die Festgenommenen".
Björn L., der Hauptverdächtige ist jedoch in der rechten Szene bekannt. Sein Mittäter, Thomas M., gehört ebenfalls der rechten Szene an und soll ein Freund eines der rechten Schlägers sein, die im Sommer 2005 ein Mitglied der Potsdamer "Antifa" und dessen Begleiter überfallen, zusammengeschlagen und mit einer Bierflasche lebensgefährlich verletzten.

SS-Treffen in Handwerkskammer erfolgreich verhindert

Erlebnisgeneration beim NS-Plausch gestört

aus "Enough is enough"

In der Gaststätte "Remter" der Hamburger Handwerkskammer sollte am 16. März die alljährliche Jahreshauptversammlung der Hamburger "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG) stattfinden. Monatlich trafen sich hier Angehörige einer Organisation, welche in den Nürnberger Prozessen 1946 zur verbrecherischen Organisation erklärt wurde. In der Urteilsbegründung hieß es: "Einheiten der Waffen-SS waren unmittelbar an der Tötung von Kriegsgefangenen und an den Grausamkeiten in den besetzten Gebieten beteiligt. Sie stellte das Personal der Einsatztruppen und führte den Befehl über die Wachmannschaften der Konzentrationslager, nachdem sie die Totenkopf-SS, welcher dies ursprünglich oblag, in ihren Verband übernommen hatte."



Antifaschist_innen versperren den Eingang zum Restaurant

Ca. 100 AntifaschistInnen verhinderten diesmal erfolgreich das Treffen der Altnazis und ihres Anhangs. Die Handwerkskammer reagierte sofort und verbot zukünftige Treffen der HIAG, konnte aber nicht erklären, weshalb es in der Vergangenheit möglich war, dass sich die alten Kameraden so lange ungestört an diesem gutbürgerlichen Ort treffen konnten. Die Hamburger Medien berichteten ausführlich über das Altnazi-Treffen und die Hintergründe. Für die Behörden geriet die Outing-Aktion zur peinlichen Schlappe: Die Polizei hatte weder von dem NS-Treffen noch von der Antifa Mobilisierung etwas mitbekommen. Der Verfassungsschutz hatte im Juni 2005 noch vorgegeben über die HIAG informiert zu sein, musste nun aber gegenüber dem Hamburger Abendblatt eingestehen keine Ahnung zu haben. Schließlich hatten die Schlapphüte ja auch schon 1992 die Beobachtung der HIAG eingestellt. Die SS-Verbrecher und ihre Angehörigen trafen sich erstmals am 4. Februar 1975 im "Remter", deren offizieller Betreiber die Hamburger Handwerkskammer ist. Nachdem vorübergehend andere Orte genutzt wurden, trafen sich nun seit mehreren Jahren bis zu 100 unverbesserliche Nazis dort, um die Untaten der Vergangenheit zu leugnen und die eigenen "Heldentaten" zu feiern. Man träumte davon endlich mal wieder die Hakenkreuzfahne zu hissen oder in SS-Uniform zu marschieren, erging sich in extrem rechten Verschwörungstheorien und riss Judenwitze. In der Handwerkskammer fanden geschichtsrevisionistische und neofaschistische Vorträge statt. Hier organisierte man Reisen zu anderen SS-Traditionsverbänden in Europa und zu den ehemaligen Schlachtfeldern.
Gelegentlich hatte man in den Räumen am Holstenwall auch jüngere Neonazis zu Gast - die Waffen-SS dient Jüngeren schließlich immer noch als großes historisches Vorbild.

Geschichte der HIAG

Die HIAG wurde 1948/49 als Traditionsverband der ehemaligen Waffen SS in Hamburg von SS-Brigadeführer Otto Kumm gegründet, die bundesweite Gründung fand 1950 statt. Kumm, letzter Kommandeur der "Leibstandarte Adolf Hitler", baute 1949 zusammen mit anderen SS-, NSDAP-, und Wehrmachts-Funktionären eine geheime Schattenarmee "Die Bruderschaft" auf, die nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung die Macht im Nachkriegsdeutschland übernehmen sollte. Als Kumm 2004 "zur Großen Armee" abberufen wurde, publizierte die HIAG-Zeitschrift Der Freiwillige extra eine glorifizierende Sonderbeilage. Die Verschwörung "Bruderschaft" wurde von den Alliierten publik gemacht und so besannen sich die ehemaligen SS'ler auf einen streng legalistischen Kurs um ihre Interessen zu vertreten, die Eintragung ins Hamburger Vereinsregister erfolgte 1956. Vordergründig ging es der "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" immer nur um soziale und rechtliche Gleichstellung ihrer Mitglieder. Man fühlte sich durch die Nürnberger Prozesse besonders diffamiert und ausgeschlossen und pflegte gleichzeitig immer noch ein aus der NS-Zeit übernommenes Elitebewusstsein. Wenige Monate nach der Gründung kamen schon 17.000 HIAG Interessenten aus dem Hamburger Raum zu den Treffen. In den ersten Jahrzehnten ging es den HIAG-Mitgliedern bundesweit vor allem um die Durchsetzung von Renten und anderen Versorgungsleistungen, von denen sie als Mitglieder einer verbrecherischen Organisation ausgeschlossen waren. Ebenso ging es ihnen um die gesellschaftliche Anerkennung, weshalb sich die SS-Männer gerne als 4. Truppenteil der Wehrmacht darstellen. Man kümmerte sich urn Hilfe für Witwen, Waisen, Kriegsgefangene und arbeitslose Kameraden, unterhielt einen Vermisstensuchdienst in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz, und arbeitete eng mit dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge zusammen. Ende der 50er- Anfang der 60er-Jahre hatte der Bundesverband der

HIAG Einfluss auf alle etablierten Parteien, Funktionäre von CDU bis SPD sprachen regelmäßig bei Treffen der Kriegsverbrecher. Die Lobbyarbeit der Altnazis war so erfolgreich, dass es spätestens mit der Gründung der Bundeswehr 1955 zur weitgehenden Rehabilitierung der SS kam und von den SS-Verbrechern fast niemand mehr verurteilt wurde. Ca. 2.000 ehemalige SS-Offiziere wurden zum Aufbau der Bundeswehr herangezogen.
1961 konnte die HIAG Renten rechtlich durchsetzen, sogar ehemalige baltische SS-Freiwillige beziehen inzwischen Renten vom deutschen Staat, während die Opfer der SS oftmals leer ausgehen, wie z.B. die zur Zwangsarbeit gezwungenen Kriegsgefangenen der Roten Armee. Mit der gesellschaftlichen und rechtlichen Anerkennung, hatte die HIAG eigentlich ihre Gründungsziele erreicht, die "Hilfsgemeinschaft" hätte sich also auflösen müssen. Stattdessen entwickelte sich der Verband konsequent weiter nach Rechtsaußen. Man bekannte sich wieder offen zur SS-Tradition, pflegte nationalsozialistisches Gedankengut und offenen Geschichtsrevisionismus. Erst in den 80er Jahren schwand der gesellschaftliche Einfluss der HIAG, die SPD faßte einen Unvereinbarkeitsbeschluss und die SSler gaben ihre Mitgliedschaft im "Volksbund Deutscher Kriegsgraberfürsorge" auf. 1992 löste sich der HIAG-Bundesverband aus Altersgründen auf.

Die Hamburger HIAG

Der Hamburger Landesverband machte nach der Selbstauflösung allerdings weiter. Hier war man schon immer besonders aktiv. 1970 wurde man Gesellschafter des Munin-Verlages der neben geschichtsrevisionistischen Büchern auch die HIAG-Zeitschrift “Der Freiwillige” herausgibt. Hier finden sich neben Beiträgen welche die Verbrechen von Nazis und SS verharmlosen und Kriegsverbrechern huldigen auch Beiträge von Neonazis. Dementsprechend wird die Zeitschrift mit mehreren 1.000 Exemplaren Auflage pro Monat auch in neonazistischen Kreisen gern gelesen. Schon früh wurde die Hamburger HIAG Mitglied im extrem rechten "Verband deutscher Soldaten e.V." Der VDS betreibt eine "Stiftung Veteranenheim Deutscher Soldaten" in Hamburg-Poppenbüttel, dort ist auch die Landesgeschaftsstelle des VDS. Jährlich im April halten mehr als 100 SS-Veteranen und Angehörige, teilweise mit Beteiligung von Neonazis, auf ihrem "Ehrenfriedhof" im niedersächsischen Vahrendorf eine Gedenkfeier fur Gefallene der "12. SS-Panzerdivison Hitlerjugend" ab. In alt- und neofaschistischen Kreisen hält sich hartnäckig die Legende, die SS-Soldaten seien am 26. April 1945 hinterrücks von den Engländern ermordet worden. Die Legende von der Liquidierung ist durch Exhumierungen eindeutig widerlegt. Während man Angehörige der SS als Opfer alliierter Kriegsverbrecher darstellt, glorifiziert man selbst Kriegsverbrecher aus den eigenen Reihen. 1970 gedachte die Hamburger Jahreshauptversammlung den gerade verstorbenen Heinz Lammerding, Brigadefahrer der SS-Panzerdivsion "Das Reich". Lammerding ging als "SS-Henker von Oradur und Tulle" in die Geschichte ein und wurde in Frankreich in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Der erst 2001 verstorbene Hamburger Kriegsverbrecher Wilhelm Mohnke wurde anläßlich seines Todes von der HIAG ebenfalls ausführlich gewürdigt. Der ehemalige Genralmajor der Waffen-SS war mit seiner "Leibstandarte Adolf Hitler" 1940 verantwortlich für die Ermordung von 72 amerikanischen Kriegsgefangenen. Trotzdem bezog er bis zu seinem Tode eine Zusatzrente als Kriegsopfer. Selbstverständlich übte die HIAG praktische Solidarität für den kürzlich verstorbenen Hamburger SS-Verbrecher Friedrich Engel. Als dieser 2002 gegen seine Verurteilung in Italien wegen eines Massakers in Revision ging, bat man um sachdienliche Hinweise für seine Verteidigung. Immer wieder versuchte die Hamburger HIAG den Status der Gemeinnützigkeit zu erlangen, zum Glück gelang es ihr nie. Allerdings setzte der Verein als Erben seines Vermögens 1993 die "Kriegsgräberstiftung: Wenn alle Brüder schweigen" aus Stuttgart ein. Und diese Stiftung ehemaliger SS-Soldaten ist als gemeinnützig anerkannt und besaß in den 90er Jahren mehrere 100.000 DM. Da der Hamburger HIAG Verband Ende 2005 die Rechtsform als eingetragener Verein nach antifaschistischen Protesten aufgab, dürfte das verbliebene Vereinsvermögen nun als gemeinnützig in Stuttgart auf dem Konto liegen.
Obwohl die HIAG zur Durchsetzung ihrer Interessen offensichtliche personelle Überschneidungen mit anderen extrem rechten Organisationen gemieden hat, lassen sich auch in Hamburg einige nachweisen.
Kamerad Heinz Bargstaedt kandidierte 2004 für die Kleinstpartei "Die Deutschen Konservativen" im Bezirk Wandsbek auf Platz 1 und HIAG-Frau Marianne Reese war Ende der 90er Jahre hier Mitglied. Der Parteivorsitzende Joachim Siegerist wurde wegen Aufstachelung zum Rassenhass rechtskräftig verurteilt.
Nachwuchs in SS-Tradition scheint man sich bei Burschenschaftlern zu erhoffen und veranstaltete 1991 einen Vortrag zum Thema. Zum 55-jährigen Jubiläum der Hamburger Waffen-SSler, mit mehreren Hundert Teilnehmern aus dem In- und Ausland, erschienen Burschenschafter der "Pennalen Burschenschaft "Chattia". Diese Schülerburschenschaft warb auch 2003 im Freiwilligen für einen Vortrag "Kurt Eggers - Philosoph und Kriegspoet". Eggers, ehemaliger SS-Obersturmführer und Verfasser



Sie kamen nicht rein ...

völkischrassistischer Gedichte ist einer der "SS-Helden" für Alt- und Neonazis. Er ist der Großvater des stellvertretenden Landesvorsitzender der Hamburger DVU Sven Eggers. Auch die neonazistische "Burschenschaft Germania Hamburg" wirbt in dem SS-Blättchen und Germane Andre Busch schreibt hier regelmäßig. Um alte Ostritter werben die revanchistischen "Vereinigte(n) Ostdeutsche(n) Länder", des Hamburger Joachim Breitkopf.
Junge Kameraden eines "Vereins zur Bergung Gefallener in Osteuropa e.V." graben für ehemalige Wehrmachts und SS-Soldaten in osteuropäischen Schlachtfeldern nach Gefallenen. Der Verein des Hamburgers Albert Laue wird dafür im Freiwilligen ausführlich gewürdigt und bekommt materielle Unterstützung durch die SS-"Kriegsgräberstiftung".
Die Hamburger Stiefelnazis der "Freien Kameradschaften" dürfen auch über ihre Aktionen im "Freiwilligen" berichten. So z.B. über ein Straßentheater, was sie 2004 in Hamburg gegen die Ausstellung Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht aufführten. Dass Wehrmacht und SS "ehrenhaft" gekämpft hätten, kann man im Freiwilligen genauso häufig lesen, wie die Unterstellung die Deutschen seinen die wahren Opfer des Zweiten Weltkrieges. Weshalb auch DVU-Kandidat Gerhard Teppris für die "Bürgerinitiative Hamburger Opfer unvergessen" einen Leserbrief schrieb.
Die Altnazis der HIAG sind übrigens nicht die einzigen Rechten welche sich in dem Backsteingebäude am Holstenwall treffen. Der neofaschistische "Freundeskreis Filmkunst e.V.", heute nennt man sich "Norddeutscher Kulturkreis e.V.", führte hier mehrmals seine Jahreshauptversammlungen durch. Die Filmfreunde machten in den 90er-Jahren regelmäßig Vorführungen indizierter Nazifilme in Hamburger Kinos und erwarben das inzwischen von den Behörden geschlossene Nazizentrum in Hetendorf/Niedersachsen.
Und jährlich findet in der Handwerkskammer auch der "Hamburger Verbändekommers" statt, die Festveranstaltung aller Hamburger Studentenverbindungen, darunter auch die oben genannten neonazistischen Burschenschaften.

Die Mörder sind unter uns - SS-Kriegsverbrecher leben unbehelligt in unserer Nachbarschaft

06. Mai: Aktionstag zur Erinnerung an die Opfer des Massaker in Sant?Anna di Stazzema in Oberitalien

Treffpunkte am 06. Mai 06 bisher :
Krefeld 11.00 Uhr, Dionysiusplatz, an der Kirche vordem Brunnen;
Dortmund 11.00, Metzerstr/ Kuithanstr.
Düsseldorf 12.00, Markuskirche Sandträgerweg 101
Wolin (Brandenburg) 14.00 Abfahrt 77 A2;
Hamburg-Volksdorf, 11.30 Weiße Rose/Claus-Ferck-Str.

08. Mai:
Stuttgart 17.00 Kundgebung vor der Staatsanwaltschaft

09. Mai
Düsseldorf
ZAKK, Fichtestr. 40, Infoveranstaltung über NS-Kriegsverbrechen in Italien

Initiativen gegen das Vergessen demonstrieren am 6.Mai bundesweit in neun Städten in der Nachbarschaft von verurteilten NS-Kriegsverbrechern. Diese leben seit Kriegsende unbehelligt unter uns. Das Militärgericht La Spezia verurteilte am 22.6.2005 zehn ehemalige SS-Angehörige in Abwesenheit wegen vorsätzlichem Mord, begangen mit besonderer Grausamkeit, zu lebenslanger Haft. Verurteilt wurden Gerhard Sommer (Hamburg), Horst Richter (Krefeld), Alfred Schöneberg (Düsseldorf), Ludwig Heinrich Sonntag (Dortmund), Bruss Werner (Reinbeck), Heinrich Schendel (Ortenberg), Ludwig Göring (Karlsbad) und Georg Rauch (Rümmingen), Karl Gropler (Wollin), Alfred Mathias Concina (Freiberg).
Die Mörder waren Angehörige der 16.Panzergrenadierdivision "Reichsführer SS". Diese fiel in den Morgenstunden des 12. August 1944 mit 300 Mann in das Bergdorf Sant?Anna ein, unter dem Vorwand der"Partisanenbekämpfung". In dem Dorf befanden sich ausschließlich ältere Männer, Frauen und Kinder. Innerhalb von vier Stunden ermordete die SS 560 Menschen, darunter 120 Kinder. Diesem Kriegsverbrechen fielen 90 Prozent der Dorfbewohner zum Opfer. Sie wurden erschossen, erschlagen oder verbrannt.

"Es wurde überall getötet, in den Häusern, in den Ställen, auf dem Kirchplatz", berichtet der Überlebende Enio Mancini. "In einem Haus wurden 70 Menschen zusammen gepfercht. Kinder Frauen alte Leute. Kaum waren sie eingeschlossen, warfen die Nazi-Soldaten Handgranaten rein, dann zündeten sie das Haus an. Nur 5 Kinder entkamen."

Das Militärgericht La Spezia verurteilte die zehn Deutschen, weil sie als SS-Offiziere Befehlsgewalt ausübten und unmittelbar für die Kriegsverbrechen verantwortlich waren.
Das Massaker von Sant?Anna di Stazzema, war nicht das einzige Kriegsverbrechen der 16. Panzergrenadierdivision "Reichsführer SS". Diese Einheit war in Oberitalien für den Mord an über 2000 Zivilisten in 250 Dörfern verantwortlich. Diese Kriegsverbrechen waren Teil des Vernichtungskrieges in den von den Nazis besetzten Ländern Europas. In Italien wurden die Ermittlungen gegen deutsche Kriegsverbrecher erstmals 1994 aufgenommen. Die Akten waren im Kalten Krieg bei der Militär-Prokuratur in Rom im so genannten "Schrank der Schande" unter Verschluss. Nachdem die Akten geöffnet und gesichtet worden waren, wurden in Italien verschiedene Prozesse wegen NS-Verbrechen eröffnet.
Das Militärgericht La Spezia verurteilte die Angeklagten wegen des Massakers in Sant`Anna auch zur Zahlung von Entschädigungen. Mit diesem Urteil wurden die Täter nicht nur beim Namen genannt. Da mit diesem Urteil anerkannt wurde, dass es sich um einvorsätzliches Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung handelte, ist den Überlebenden und Angehörigen der Ermordeten erstmals Gerechtigkeit widerfahren. Für die Täter bleibt dieses Urteil bisher jedoch ohne Konsequenzen. Nach dem Grundgesetz genießen sie Auslieferungsschutz und bleiben trotz der Verurteilung in Italien in

Deutschland unbehelligt.
Zwar nahm die Stuttgarter Staatsanwalt 2002 Ermittlungen gegen vierzehn ehemalige Angehörige der SS-Division (16. Panzergrenadierdivision "Reichsführer SS") auf. Die Ermittlungen verlaufen jedoch bis heute im Sande. Diese Verschleppung zielt offensichtlich darauf ab, die Ermittlungen solange in die Länge zuziehen, bis die Kriegverbrecher verhandlungsunfähig oder gestorben sind. Die Überlebenden von Sant?Anna di Stazzema haben nach dem Urteil von La Spezia in Deutschland Nebenklage eingereicht mit dem Ziel, die verantwortlichen Massenmörder endlich auch in Deutschland vor Gericht zu sehen. Der Anwältin der Opfer, Gabriele Heinecke, wird seit 2005 Akteneinsicht verwehrt. Die Überlebenden wollen zu einem möglichen Prozess nach Deutschland kommen. Sie möchten den Tätern ins Gesicht sehen. "Wir wollen sehen, ob ihre Augen irgend etwas verraten, ein Gefühl für das, was geschehen ist", sagt Enio Mancini. Die Erinnerung an die NS-Verbrechen setzt die Anerkennung der Schuld voraus.
Während in Italien die Prozesse von eine großen Öffentlichkeit begleitet werden, herrscht in Deutschland bisher Stillschweigen. Die Kriegsverbrecher wissen sich hierzulande in Sicherheit. Wir wollen das Schweigen durchbrechen und demonstrieren am 6. Mai 2006 deswegen in der unmittelbaren Nachbarschaft der verurteilten SS-Kriegsverbrecher.

Das Schweigen durchbrechen - die Täter haben Namen und Adressen!
Statt Renten für Kriegsverbrecher - Entschädigung der Opfer

Kein Vergeben und Vergessen für NS-TäterInnen

Beispiel für Walter Filsinger, Freiwilliger der Waffen-SS und von 1940 bis 1943 Wachmann im KZ-Neuengamme. Filsinger war bei den Häftlingen im KZ-Neuengamme als brutaler und rücksichtsloser Schläger bekannt. Die Wachmannschaften, die im Außengelände eingesetzt wurden, taten sich unter anderem dadurch hervor, dass sie Häftlinge durch Erniedrigungen und Schläge in die Postenketten hineintrieben. Diese haben dann die Häftlinge "auf der Flucht" erschossen. Allein im Frühjahr 1943 sind hierbei innerhalb von vierzehn Tagen 15-20 Menschen ermordet worden. Laut mehrerer Augenzeugen war auch Filsinger an solchen Verbrechen beteiligt. Die zuständigen Behörden stellten 1967 die Ermittlungen gegen Filsinger ein, da es sich bei den Erschießungen um Totschlag, nicht aber um Mord gehandelt habe und dieser bereits verjährt sei.
Walter Filsinger erhielt jahrzehntelang Rente vom Versorgungsamt, die ihm erst im Herbst 2005 rechtskräftig aberkannt wurde. Seit langem lebt er im Krellweg 15 in Hamburg-Lohbrügge, nur 8 Kilometer von seiner früheren Wirkungsstätte entfernt.
Wir haben ihm in der Nacht zu seinem Geburtstag - vom 12. auf den 13. April - besucht. Unsere Geschenke: eine übelstriechende Flüssigkeit durch den Briefschlitz und zwei blutrote Flecken an der Hauswand. Gleichzeitig haben wir das Straßenschild "Krellweg" in "Am Feuerlöschgraben" umbenannt. In der nahegelegenen Gewerbeschule haben wir Plakate verklebt und Flugblätter an das Schülersprecherteam und das LehrerInnenkollegium eingeworfen, in denen auf den mörderischen Nachbarn hingewiesen wurde.

Ungestraft leben die Mörder des verbrecherischen NS-Regimes bis heute unter uns. Die hier zuständigen Behörden verschleppen oder verwerfen Strafverfahren kontinuierlich. Verurteilungen von NS-TäterInnen passen nicht in eine Zeit, in der die Entschädigungspolitik derart schwerfällig verlaufen ist und jetzt verstärkt an einem "neuen, selbstbewußten Deutschland" gebastelt wird: "Du bist Deutschland" - auch Gerhard Sommer und Friedrich Engel gehören dazu. Auch deswegen geht die Kritik über die direkt Beteiligten hinaus, denn was ist das für eine Gesellschaft, die NS-Kriegsverbrecher so unbehelligt in ihre Mitte aufnimmt und beherbergt, ihre Verbrechen nicht wissen will oder verschweigt?

Es geht hier nicht allein darum, den alten Menschen die restliche Lebenszeit zu vermiesen. Sie müssen aber zur Verantwortung für ihre begangenen Kriegsverbrechen gezogen werden. Sie haben jahrzehntelang ein "ganz normales Leben" in einem Umfeld geführt, dass hier - neben den zuständigen Staatsanwaltschaften und Gerichten - ebenfalls aufgefordert ist, zu handeln und Stellung zu beziehen.
Immer mehr NS-TäterInnen sterben und in vermutlich 10 - 15 Jahren wird es keine mehr geben, die zur Rechenschaft gezogen werden können. Es kann nicht reichen, darauf zu warten, dass alle TäterInnen das Zeitliche segnet. Ihre Ansichten, ihre Geschichten leben weiter, ihre Erzählungen werden und wurden in die zweite, dritte und weitere Generation tradiert. Was dort meist übrig bleibt ist eine Melange aus Heldentum, toller Kameradschaft oder Opfergeschichten. Fast nie gibt es Erzählungen über Beteiligungen an Verbrechen. Wenn doch, werden diese derart schwammig und unvollständig weiter gegeben oder von den Nachfolgegenerationen schlicht überhört. Damit bleibt es dann beim Mythos, es hätte nur wenige TäterInnen gegeben und die waren auch immer woanders. Es ist weiterhin notwendig, die Vergangenheit nicht ruhen zu lassen, keinen faulen Frieden zu schließen und der stets wiederkehrenden Schlussstrichdebatte eine klare Absage zu erteilen.

Keine Ruhe und keine Renten für NS-Kriegsverbrecher!
Opfer sofort entschädigen!



Vom Ulrichsberg über Kreta nach Mittenwald 2006

Das Treffen des Kameradenkreises der Gebirgstruppe endlich beenden! Den antifaschistischen Widerstand nicht vergessen!



Nach den Protesten der letzten Jahre findet das Treffen des Kameradenkreises der Gebirgstruppe dieses Jahr nicht am Pfingstsonntag, sondern bereits eine Woche vorher am 28. Mai statt. In den vergangenen drei Jahren wurde verstärkt nach Mittenwald mobilisiert: Gegen den Skandal eines Tätergedenkens, an dem sich nicht nur die noch lebenden Täter, sondern auch die Bundeswehr beteiligt; gegen den Skandal, dass unbeirrt an der Mär von Ehre und Tugend der deutschen Gebirgstruppe gestrickt wird; gegen den Skandal, dass antifaschistische AktivistInnen Jahr für Jahr mit Strafverfahren überzogen und polizeilicher Repression ausgesetzt werden, während es die bundesdeutsche Justiz bislang noch nicht fertiggebracht hat, auch nur einen einzigen Wehrmachtsoffizier wegen Beteiligung an Kriegsverbrechen zu verurteilen. Dem generationenübergreifenden soldatischen Geist setzen wir Veranstaltungen mit Überlebenden der Massaker der Gebirgstruppe und PartisanInnen entgegen, die dadurch am Ort der Täter eine Stimme erhalten. Das Traditionstreffen ist vom alljährlichen normalen Vorgang zum brisantesten Thema der lokalpolitischen Debatten geworden. Das öffentliche Aufsehen, das unsere Proteste gegen die Militaristenfeier hervorgerufen haben, die unverblümt faschistischen Äußerungen mancher Mittenwalder BürgerInnen vor laufender Kamera und die inzwischen eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen Kriegsverbrecher haben bereits zu Absagen empörter TouristInnen geführt, die unter solchen Leuten keinen Urlaub mehr machen mögen. Nach mehreren Sitzungen der Gemeinde mit dem Vorstand des Kameradenkreises wurde letztendlich die Verschiebung der sog. Brendtenfeier beschlossen. Der Mittenwalder Tourismusdirektor Ronge kommentierte dies mit den Worten: "Der ganz große Wurf ist das noch nicht".

Das finden wir auch! Es muss endlich Schluss sein mit dem Traditionstreffen in Mittenwald! Es muss Schluss sein mit Feierlichkeiten, bei denen Täter zu Opfern umgelogen werden! Wir werden diesen Forderungen auch 2006 mit Demonstrationen und Kundgebungen Nachdruck verleihen und wir werden gemeinsam mit ehemaligen PartisanInnen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus erinnern.

Die Traditionspflege der Gebirgstruppe

Dieses Jahr treffen sich in Mittenwald zum 49. ten Mal Wehrmachtsveteranen, ehemalige und aktive Bundeswehrsoldaten sowie deren SympathisantInnen zum Gedenken. Bei der Traditionspflege der Gebirgstruppen werden die Kriegsverbrechen im Rahmen des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges unter den Tisch gekehrt. Unter dem Deckmantel der "Bandenbekämpfung", als "Vergeltungsmaßnahmen" für (angebliche oder tatsächliche) Widerstandsaktionen der Zivilbevölkerung und der PartisanInnen, verübten Einheiten der Gebirgsjäger über 50 Massaker in Griechenland, Italien, Frankreich, Finnland, Jugoslawien, Polen, Albanien und in der Sowjetunion. Im nordgriechischen Dorf Kommeno ermordeten sie 317 ZivilistInnen und auf Kephallonia, einer Insel bei Korfu, metzelten sie über 5000 entwaffnete italienische Soldaten nieder.

Seit einigen Jahren konfrontieren AntifaschistInnen die Öffentlichkeit mit der mörderischen Tradition der Gebirgstruppe. Die Reaktionen reichen vom Leugnen der Fakten bis hin zum Versuch, Massaker dadurch zu legitimieren, dass man sich ja nur gegen PartisanInnen geschützt habe. Diejenigen, die am Ort der Täter das Gedenken an die Ermordeten einfordern, werden angegriffen - so geschehen 2002, als einige AntifaschistInnen bei einem Festmahl des Kameradenkreises eine Gedenkminute für die bei Massakern Getöteten abhalten wollten. Immer wieder zeigt sich, was der Kameradenkreis ist: eine Selbsthilfegruppe für Kriegsverbrecher. Doch 2005 musste schließlich auf öffentlichen Druck die Kameradschaft des Polizei-Gebirgsjägerregiments 18 aus dem Kameradenkreis ausgeschlossen werden, nachdem die Beteiligung dieses Regiments an der Deportation der Athener Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager nicht länger geleugnet werden konnte.

Der Kameradenkreis übernimmt damit gezwungenermaßen eine Modernisierung des Gedenkens, die die Bundeswehr seit Jahren betreibt. Dort heißt es seit 1997 im sog. Traditionserlass, dass die Wehrmacht als Institution keine Tradition begründen dürfe. Eine Armee, die in alle Welt geschikkt wird, soll nicht als Wehrmachtsnachfolgerin gesehen werden. Historische Fakten werden jetzt nicht mehr geleugnet, sondern verbogen und instrumentalisiert. Die militärische Niederlage des Nationalsozialismus wird zum Sieg der Demokratie über den Extremismus umgedeutet. Das Deutschland, das heute auf der weltpolitischen Bühne auftritt, gibt sich geläutert und stellt sich auf die Siegerseite. Doch diese "Armee im Einsatz" kann nicht ohne Traditionen wirken. Denn die Bundeswehr braucht SoldatInnen, die tapfer, kameradschaftlich und hart gegen sich selbst große Leistungen vollbringen. Dieser soldatische Mist wird mit der Traditionspflege weitergegeben, die Vorbilder stammen aus der Tätergeneration. Denn auch, wenn die Wehrmacht als ganzes keine Tradition begründen darf, sind einzelne Teile sehr wohl traditionsstiftend für die Bundeswehr - unter ihnen die Gebirgsjäger. [...]

Gesamter Aufruf und aktuelle Informationen sowie Material zum Download gibt es unter http://www.nadir.org/mittenwald

Es wird ein Bus aus Hamburg nach Mittenwald fahren:

Hin: Freitag 26.5.06 ca. 11 Uhr ab Hamburg
Zurück: Sonntag, 28.5.06 ca. 15 Uhr ab Mittenwald

Kostenbeitrag 35 Euro incl. Verpflegung während der Fahrt (Ticketbestellung über reisekreis@nadir.org oder persönlich im Infoladen oder im Buchladen in der Osterstraße)

Es wird vor der Fahrt ein gemeinsames organisatorisches Treffen am 17.05. geben, bei dem Abfahrzeiten und Reiseverhalten besprochen werden. Ort und Uhrzeit erfahrt ihr beim Ticketkauf.

Datenfreiwilligkeit

Einige Fragmente zur Produktion von Daten und Räumen

Datenspuren

Auf der Strecke von Mainz und Köln passiert ein Zug das Rhein-Tal, welches gemeinhin als schön und sehenswert beschrieben wird. Das Abteil ist beinahe leer, nur ein weiterer Passagier sitzt schräg gegenüber. Diese Person macht mit der Digitalkamera, die in sein Mobiltelefon eingebaut ist, Bilder von den alten Burgen, die auf den Hügeln rechts und links vom Fluss stehen. Jedes mal, wenn der Auslöser betätigt und ein neues Foto gemacht wird, ist ein komisches Geräusch zu hören.
Dieser Ton klingt blechern und hohl, es ist eine 8-Bit-Simulation des Auslösers einer analogen Spiegelreflexkamera, er ist ein Echo, eine Erinnerung an die chemische Fotografie alter Schule. Der Ton versichert dem Fotographen, dass ein Bild erfolgreich geschossen wurde, ein anachronistisches User-Feedback, schließlich macht die verwendete digitale Technologie keine Geräusche. Die Fotos, die durch die eingebaute Kamera entstehen, haben eine leicht schäbige Pixelqualität in niedriger VGA-Auflösung. Aber das ist kein Problem, diese Kameras sind nicht für qualitativ hochwertige, hochauflösende Fotografien gebaut worden, sondern, um schnelle Schnappschüsse von flüchtigen Momenten zu machen und um diese im digitalen Speicher des Mobiltelefons speichern oder über das GSM-Netz übertragen zu können.
Man stelle sich ein sich bewegendes System vor (wie der besagte Zug, der sich zwischen zwei Städten in einer Landschaft aus Flüssen, Bergen und anderen Bestandteilen einer Fototapete bewegt). Die Insassen des Systems erzeugen verschiedene Arten von Daten mit ihren Mobiltelefonen - digitale Geräusche und Stimmen durch ihre Telefongespräche, Bilder und Videos durch die eingebauten Kameras, Text durch SMS und E-Mail - und übertragen ihre Datenpakete zu verschiedenen nahen oder fernen Orten. Ein mobiler Raum, wie dieser Zug, ist so mehrfach verbunden mit anderen, stationären oder ebenfalls mobilen Räumen.
Einige (oder alle) Teile der erzeugten Daten werden Spuren im Netz hinterlassen, in den Zwischenspeichern, Proxy Servern und Logdateien der Kommunikationsprovider. Diese Daten werden auch dafür benutzt, um Abrechnungssysteme und Nutztungsstatistiken der Provider zu füttern. In einigen Fällen werden diese Daten auch an Sicherheitsbehörden und Geheimdienste weitergeleitet. Dort wird versucht, diese Daten auszuwerten, Mithilfe von Schlüsselbegriffen zu filtern oder durch sie die Bewegungen des Datenproduzenten zu ermitteln. Mobile, elektronische Kommunikation erzeugt also vielfache Spuren unsere physikalischen Aktivitäten und überträgt diese Spuren von dem physikalischen Raum, in dem sie entstehen in den elektronischen Raum und vice versa.
Mobile Kommunikation kann so ein Werkzeug sein zur Selbstermächtigung der BenutzerInnen und gleichzeitig sein Werkzeug zur Überwachung der BenutzerInnen; das Mobiltelefon wird im doppelten Sinne zur "Remote Control of our life".

Körperzählen

Schalten wir um zu einem anderen physikalischen Ort und einer anderen Art mobiler Geräte: Der "Baja Beach Club" in der Nähe von Barcelona. An einem heißen Sommertag ist es nicht wirklich komfortabel, in der engen Jeanshose Brieftasche mit sich herum tragen zu müssen. Der Club hat kürzlich ein neues Einlass- und Bezahlungssystem eingerichtet, dass den VIP-Gästen erlaubt, Geld und Ausweispapiere zu hause lassen zu können. Im Gegenzug müssen sich dieses Gäste lediglich einen kleinen Sendechip (RFID) in den rechten Oberarm implementieren lassen - eine Art elektronisches Piercing. Türsteher und Bedienungen können mit einem Lesegerät die ID-Nummer des Gastes auslesen. Diese Informationen werden gesammelt und für den Einlass sowie die Rechnung des Abends benutzt und sie werden in das Abrechnungssystem der kooperierenden Bank weitergeleitet. Die Gäste des Beachclubs müssen nichts mehr unternehmen, als die monatliche Rechnung per Überweisung zu bezahlen.
Sie erhalten das Gefühl, an einer elitären wie coolen Innovation teilzuhaben, während der Clubbesitzer mit diesen Daten Service und Logistik seines Betriebes optimieren kann.

Während dieses Projekt von den Gästen mit einem merkwürdigen Verständnis von Freiheit, namentlich der Freiheit des Konsumierens genutzt wird, erweitern sich die Kontrolltechnologien von einer vornehmlich statischen und räumlichen Präsenz zu einer zunehmend mobilen und personalisierten Form. Mit den freiwilligen Individuen als Träger überschreiten Kontrolltechnologien auch die Grenze zwischen Umgebung und dem privatesten Bereich des Menschen, seinen Körper.

Datenfreiwillige

Angesichts einer steigenden Verbreitung von vernetzten, ubiquitären wie personalisierten Kommunikationswerkzeugen verschärft sich die Frage des Umgangs mit den digitalen Echos unsere Aktivitäten, unserer "Datenkörper".
Die Orwellsche Vision eines totalen Überwachungsstaats ist genauso falsch und irreführend - auch wenn die verschiedenen Kontrollbestrebungen kontinuierlich verstärkt werden - wie das Versprechen einer totalen Freiheit des Konsums. Gleichzeitig werden herkömmliche Konzepte von Privatheit, die auf einer Trennung von privaten und öffentlichen Sphären basieren, zunehmend obsolet: Medien machen die Trennungen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit immer durchlässiger, als Beispiel sei nur das Web zu nennen, mit seinen vielfältigen individuellen Veröffentlichungs-Werkzeugen wie Blogs, Foren und Webcams. Gegenwärtige Praxen zum vielfältigen Umgang mit persönlichen Daten sind bereits weit entfernt von den defensiven Positionen der Verteidiger von Datenschutz und Anonymität.

Ausgehend von einem kritischen Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung und der ihr zugrundeliegenden Mechanismen, könnte aus dem Ansatz, Daten auf einer freiwilligen und selbstbewussten Basis zu erzeugen, zwar keine direkte Antwort auf die Kontrollgesellschaft, aber eine gegenläufige Strategie entstehen. Während der urbane Raum durch verschiedene Schichten und Spuren elektronischer Daten durchdrungen wird, wird dieser angereicherte Raum nur nutzbar bleiben, wenn ihre urbanen BenutzerInnen bereit sind, Daten zu produzieren, gemeinschaftlich zu teilen und zu nutzen - jenseits der üblichen Nutzungsbedingungen ihrer elektronischen Geräte. Eine solche Form der "Datenfreiwilligkeit" kann die Aneigung des "öffentlichen Raumes" in seinen physikalischen wie medialen Ausformungen ermöglichen - auch wenn dieser in seiner "Öffentlichkeit" eher als Ideal oder gar nur als Fiktion funktioniert.

Es existiert eine kommerzielle Vision einer Nutzerin elektronischer Medien, "Prosument" genannt, ein Hybrid aus "ProduzentIn" und "KonsumentIn". Mit dieser Rolle ist aber die Produktion von Daten nach den vorgegebenen Regeln der Hersteller und Vermarkter von Digitalkameras, PDA's und Mobiltelefonen gemeint. Was aber geschieht, wenn mit diesen Geräten nicht nur zum tausendsten Male Fotos von alten Burgen entlang des

Rheintals gemacht werden, sondern erweiterte Formen kultureller Produktion, von Ausdrucksformen, Meinungen und antagonistischen Positionen entwickelt werden?

Zuerst veröffentlicht im "Journal for Northeast Issues", No. 4/2005. Dieser Text ist eine gekürzte und übersetzte Version.

Geschenke an den Repressionsapparat

Welchen Sinn machen eigentlich Fotos von Demos und Aktionen im Internet?

Im März wurde in Hamburg ein Genosse wegen angeblicher Tritte gegen einen Bereitschaftsbullen auf einer Wasserturm Demo im vergangenen Jahr zu einer Geldstrafe verurteilt. Im Prozess sagte ein P-Schicht Zivi, dass er den Beschuldigten auf Fotos veröffentlicht bei Indymedia einen Tag nach der Demo eindeutig identifiziert hätte. Das Foto, zu allem Überfluß auch noch betitelt mit "Hier seht ihr den Durchbruchsversuch", zeigte eine Konfrontation zwischen Bepos und den ersten Demoketten am Eingang des Schanzenparkes.

Auch in anderen Städten ist es durch Film und Fotoaufnahmen, die den Bullen zum Teil zufällig in die Hände gefallen sind, zu Verurteilungen gekommen.

Allgemein stellt sich die Frage, warum und mit welcher Bestimmung in letzter Zeit zunehmend auf Demos von TeilnehmerInnen fotografiert wird. Es gibt natürlich gute Gründe dafür wie z.B. um Bullenübergriffe zu dokumentieren, Zivis zu outen oder auch nur um authentisches Layout Material für die nächste Broschüre zu bekommen. Leute, die auf Demos diese Aufgabe übernehmen, sollten sich ihrer Verantwortung und auch ihrer Gefährdung bewusst sein. Wenn Leute allerdings permanent in die Demo fotografieren, um den Daheimgebliebenen zeigen zu können, wie toll alles war und was alles passiert ist, dann ist das politisch sinnlos und gefährlich, dann sollten Kamera und Fotohandy zu Hause bleiben.

Auf Demos

Alle, die auf Demos relativ offen fotografieren, machen sich und die Kamera unter Umständen zum Objekt der Begierde der Bullen. Zum einen werden Bullen ungern selbst fotografiert, vor allen Dingen nicht bei Übergriffen und Festnahmen. Zum anderen wissen sie sehr genau, dass beschlagnahmtes Fotomaterial oft mehr hergibt als ihr eigenes, bzw. dazu benutzt werden kann ihr Dokumentationsmaterial zu ergänzen. Eine Kamera oder ein Fotohandy ist schnell beschlagnahmt und in so einer Situation ist es unmöglich, alle Daten zu löschen, heißt, alle Aufnahmen fallen unbearbeitet in die Hände der Bullen. Das gleiche gilt bei einer möglichen Festnahme aus einem ganz anderen Grund. Finden sie bei einer Leibesvisitation eine Kamera, wird das Material natürlich auch ausgewertet.

Auch wenn das Fotografieren auf Demos für Leute zehn Mal gutgegangen ist, ist der Schaden immens und nicht rückgängig zu machen, sollte es beim elften Mal schief gehen.

Fotos im Internet

Eins sollte klar sein. Jedes Foto, das ins Netz gestellt wird, ist auch Material für die Bullen. Das Auswerten von Indymedia gehört je nach Anlass bei P-Schicht, Staatsschutz und Verfassungsschutz zum Alltag.

Dabei kann ihnen jedes Foto wichtig sein, sei es für sich allein genommen vermeintlich "harmlos", weil ja unter Umständen nichts strafbares zu sehen ist. Trotzdem kann es für den Repressionsapparat gerade das fehlende Foto für einen bestimmten Ablauf sein, den sie dann durch eigenes Dokumaterial, Fernsehaufnahmen, beschlagnahmte Kameras und schließlich durch Fotos im Internet lückenlos belegen können.

Das Verpixeln von Gesichtern auf Fotos im Netz schützt die abgebildeten Personen nur minimalst und oberflächlich vor einer Identifizierung. Das Gesicht mag vordergründig das eindeutigste Merkmal einer Person sein, aber für das Auswerten von Fotomaterial und für Identifizierungen durch die Bullen ist es nur eines von vielen. Wiedererkennbare und auffällige Merkmale an der Kleidung, das Umfeld der betreffenden Personen auf den Fotos, Körpergröße usw. sind für die Bullen, wenn sie wollen, eindeutige Identifizierungskriterien.

Alle kennen das: Fotos von der Demo ankucken und versuchen so viele Vermummte wie möglich zu erkennen. Das Ergebnis ist fast immer das gleiche, alle Bekannten werden trotz Vermummung erkannt. Nun sind wir leider alle für Staatsschutz und im Schanzenviertel vor allen Dingen für die P-Schicht Schergen sozusagen Bekannte. Da nützt ein verpixeltes Gesicht erstmal nichts.

Außerdem ist die Qualität von Digitalfotos meistens so gut, dass mit den entsprechenden Programmen die winzigsten Details von Kleidung sichtbar, kleinste Schriftzüge lesbar gemacht werden können. Eine Person auf einem Digitalfoto tatsächlich unkenntlich zu machen heißt also mehr als nur das Gesicht zu verpixeln oder einen Balken über die Augen zu legen.

Bleibt die Frage nach dem Sinn dieser Internet-Veröffentlichungen von Fotos. Die meisten Bilder, die in der letzten Zeit nach Demos im Netz standen, hatten offensichtlich nur den Zweck, das allgemeine Geschehen auf und um die Demo herum anschaulicher zu machen. Angesichts des Schadens, der damit unbeabsichtigt angerichtet werden kann, halten wir das in den meisten Fällen für schlichtweg überflüssig. Berichte über den Ablauf von Demos und Aktionen, Einschätzungen und Diskussionen darum sind sinnvoll und können oft genug politisch voranbringen. (Auch wenn wir glauben, dass im anonymen Medium Internet nicht alle Diskussionen geführt werden können. Vorsichtig ausgedrückt: Es ist einfach unkontrollierbar, wer welche Diskussionen aus welchem Interesse in welche Richtung treibt.)

Fotos können das ganze anschaulicher machen. Das bedarf allerdings eines sehr genauen Umgangs und das Abwägen des Risikos.

Sollte es Fotos von Bullenübergriffen geben, künstlerisch wertvolle Aufnahmen von Schnüfflern und Spitzeln oder Bilder, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie möglicherweise in Prozessen noch gebraucht werden können, dürfen die auf keinen Fall sofort im Netz auftauchen, nur weil sie einen vermeintlich hohen Unterhaltungswert haben. Sind sie erst einmal öffentlich, können sie in der Regel nicht mehr verwendet werden. Diskutiert mit anderen darüber, wie mit solchen Bildern umgegangen werden kann, sprecht Antirepressionsgruppen oder AnwältInnen an. Auf den meisten Demos gibt es Leute, die (hoffentlich) verantwortungsvoll und eingebunden in Strukturen, Dokumentationsaufgaben übernehmen. Es ist politisch überflüssig, dass aus reinem Privatvergnügen auf Demos andauernd alles fotografiert wird und die Bilder gedankenlos ins Netz gestellt werden. Es gefährdet überflüssigerweise. Schluss damit.

Antirepressionsgruppe Wasserturm

Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht !

In diesem Beitrag soll anhand einer aktuellen Auseinandersetzung zum Umgang mit einem Vergewaltiger und dem Verhalten des Umfeldes das Augenmerk auf allgegenwärtige, patriarchale Praxis in linksradikalen Zusammenhängen gerichtet werden. Zudem soll dieser Text alle ermuntern, Augen und Maul aufzumachen und notwendige Veränderungen in die Hand zu nehmen, um eine, dem emanzipatorischen und antisexistischen Anspruch entsprechende Praxis in der radikalen Linken umzusetzen.

Denn die Parole:
für eine HERRschaftsfreie Gesellschaft kämpfen unter der sich viele wiederfinden, macht nur dann Sinn, wenn alles daran gesetzt wird, sie in den Bereichen, in denen wir unmittelbaren Einfluss haben, weitest möglich zu realisieren.
Dass dies jedoch oftmals nicht geschieht, zeigt die Realität. Zum Beispiel bei Treffen, auf denen männliche Überlegenheit durch Redeverhalten (Ignoranz, nicht ernst nehmen, keinen Raum lassen, Übertönen, lächerlich machen von Frauen...), männliche Unentbehrlichkeit und Rollenverständnis durch Aufgabenteilungen manifestiert werden. Sie zeigt sich in Veranstaltungen, bei denen hauptsächlich Männer Wichtiges zu berichten haben und Entscheidungsgewalt an sich ziehen, in Informationshierarchien; in Mackergepose auf Demos. Sie zeigt sich auf Soli-Partys, bei denen an Eroberung gedacht, angeglotzt, angetatscht und angemacht wird; in Beziehungen, in denen Besitzanspruch, Rollenverhalten zu Hause sind, durch sexistische Sprüche, Übergriffe uvm.

Frauen sind weder Vermittlerinnen zwischen Streitenden noch für nette Stimmung zuständig, weder Alibifrauen noch Sexual- oder Heiratsobjekte, nicht die wahlweise Subjektiven, Hysterischen, Nörglerinnen, noch die Souveränen, Verständnisvollen, Nachsichtigen, Starken und nicht die Fehlerfreien. Sie sind vor allem nicht diejenigen, die in der Szene die Verantwortung zu übernehmen haben, patriarchale Verhaltensweisen zu kritisieren und für Veränderung zu sorgen.

Die Formen der allgegenwärtigen patriarchalen Verhaltensmuster, Rollenzuschreibungen und Vorurteile sind vielfältig.
Dies zu ändern ist unser Ziel. Patriarchat zerschlagen ist nicht nur ein frommer Wunsch in weiter Ferne, sondern eine Notwendigkeit radikaler Politik, an der alle direkten Anteil haben, tagtäglich.
Nicht allein die Schwere, auch die Menge einzelner patriarchaler und sexistischer Handlungen ist unerträglich - auch in linken Zusammenhängen immer wieder so unerträglich, dass Frauen verunsichert reagieren, Selbstvertrauen verlieren, genervt, verzweifelt, wütend und irgendwann ausgepowert sind. Wenn sie die politischen Zusammenhänge daraufhin verlassen, wird dies - wie oft geschehen - schulterzuckend hingenommen und sich eingeredet, es han-



dele sich nur um eine Privatentscheidung der Frau. Damit wird verleugnet, welche Zumutung patriarchales Verhalten für Frauen bedeutet und ist unvereinbar mit einem fortschrittlichen politischen (Selbst)Verständnis.
Immer wieder wehren sich Frauen, nehmen nicht widerstandslos hin, was an pseudo-linker Praxis tagtäglich passiert, entscheiden sich zur autonomen Organisierung und stärken sich gegenseitig, um voranzukommen.

So haben in der Vergangenheit insbesondere selbstorganisierte, kämpferische FrauenLesbengruppen angestoßen, dass sich ein stärkeres Bewußtsein von allgegenwärtigen, geschlechtsspezifischen Unterdrückungs- und Machtverhältnissen, von Gewalt und Sexismus gegenüber Frauen auch in der radikalen Linken gebildet hat. Verschiedene Formen direkter wie indirekter, struktureller und alltäglicher sexistischer Gewalt, wurden als Mittel der Vorherrschaft von Männern gegenüber Frauen verstanden. Und es galt die eigene Praxis entsprechend zu verändern.
Vor allem durch feministische Gesellschaftskritik wird und wurde deutlich gemacht, dass die Grundpfeiler des herrschenden Systems nur dann ins Wanken gebracht werden können, wenn das durch männlichen Herrschafts- und Verfügungsanspruch gekennzeichnete Geschlechterverhältnis aufgebrochen bzw. zerstört wird.

Dass dies momentan in den politischen Auseinandersetzungen um Kapitalismus, Faschismus, Rassismus, Krieg und Globalisierung usw. vernachlässigt wird und Linksradikale weiter ohne Ende patriarchale Herrschaftsstrukturen reproduzieren und tolerieren ist nicht nur eine große Schwäche, es ist zudem System stabilisierend. Und es untermauert, dass im herrschenden System Männer auf ihre Privilegien nicht freiwillig verzichten werden.
Wir sind froh über alle Frauen die nicht resigniert haben, die das Maul aufmachen ohne sich die Zähne auszubeißen an dem zähen Brocken der patriarchalen Strukturen in linken Zusammenhängen. So auch in dem konkreten Fall, den wir nachfolgend beschreiben werden.

1 Anstoß war ein Vergewaltiger, der sich auf einer Party in der Roten Flora hat blicken lassen. Von Einzelnen wurde der Rausschmiss gefordert. Es fanden sich jedoch ansonsten nur Menschen, die nicht die Notwendigkeit sahen, einen Rausschmiss zu unterstützen. Einige wollten mehr Informationen haben, bevor sie bereit waren einzugreifen. Andere stellten erst mal in Frage, was hier behauptet wurde. Später ging der Vergewaltiger von selbst.

2 Dieser Begebenheit folgten einige Diskussionen in kleinem Kreise, mit Beteiligung von Leuten aus der Flora, der Gruppe Tacatacatá (Taca), die die Party veranstaltet hatten und einigen weiteren Menschen. Von Taca wurden dabei massiv Täterschutzargumente vorgebracht und sich zusätzlich durch einen perfiden, Lesben verachtenden Vergleich gegen die Veröffentlichung des Täters, der zu ihrem Freundeskreis gehört, gestellt. Dazu wurde das Argument herangezogen, die Veröffentlichung des Mannes als Vergewaltiger sei das Gleiche, wie wenn eine Frau in homophobem Umfeld als Lesbe geoutet würde. Anstatt ein

Verständnis für den politischen Gehalt solcher Aussagen und der Auseinandersetzung zu entwickeln, versuchten sie den Konflikt ständig als persönliches Problem einer einzelnen Frau darzustellen.

3 Die Frau zog sich, nachdem diese Diskussionen ohne klare Konsequenzen im Sande verliefen, insbesondere ohne eine veränderte Positionierung von Taca, aus den für sie unerträglichen Zusammenhängen zurück. Taca macht hingegen weiter Partys u.a. in der Roten Flora.

4 Etwa zwei Jahre später wurde die Frau erneut mit Taca konfrontiert. In einem Verein in dem sie tätig ist, sollte Taca eingeladen werden. Sie brachte die Problematik vor und der Verein entschied sich gegen die gemeinsame Veranstaltung mit Taca. Vertreter von Taca reagierten wütend und aggressiv, diffarmierten und bedrohten die Frau verbal und versuchten sie unter Druck zu setzen, die Angelegenheit privat zu regeln. Insbesondere als vergangenen Herbst eine Party, die von Taca organisiert werden sollte, von der B5 aus Termingründen abgesagt wurde, machten sie dies der Frau zum Vorwurf.

Die Gruppe Taca ist also mit ihrem Täter schützenden und Frauen verachtenden Verhalten wieder ins Rampenlicht gerückt. Sie haben sich seit den oben genannten Auseinandersetzungen weiter in linken Zusammenhängen bewegt, ohne die verstrichene Zeit sichtbar zu notwendigen Reflektionen über das eigene Verhalten genutzt zu haben.

Wir sind wütend über das Verhalten von Taca und fordern, die Frau sofort in Ruhe zu lassen. Das ist kein Privatkonflikt. Nichtverhalten oder Solidarisierung mit dem Täter bedeutet, Raum für eine öffentliche Akzeptanz von Vergewaltigung zu schaffen. Sexisten und Täterschützer haben in linken Zusammenhängen nichts zu suchen.

Wir fordern, Taca nicht in linken Räumen zu dulden, solange sie ihre sexistischen Positionen und Verhaltensweisen aufrecht erhalten.
Eine klare Selbstkritik der Gruppe ist notwendig.
Wütend sind wir aber auch darüber, dass linke Zusammenhänge immer wieder ermöglichen, dass sich Menschen mit solchem Verhalten -und das betrifft nicht nur Taca- ohne Konsequenzen weiter in linken Räumen bewegen können, bis Frau eines Tages der Kragen platzt.

Von der Frau noch eine Rechtfertigung zu erwarten, warum sie erst jetzt das Thema wieder auf den Tisch bringt, ist zynisch. Lässt es doch alle Verantwortung bei der Frau, und blendet aus, dass alle Verantwortung tragen. Hier insbesondere Taca, aber auch alle, denen der Konflikt in Folge der benannten Floraparty bekannt war.

Frauen, denen es stinkt, Frauen, die die Zähne zeigen, wird - anstatt die Problematik aufzugreifen und Veränderungen zu veranlassen - oft direkt oder indirekt vorgeworfen, die Szene zu spalten, zu schwächen, Bremsstein, oder Wiederkäuerin alter Themen zu sein. Der Anlass ihrer Intervention wird regelmäßig wenig ernst genommen und viel zu oft personifiziert oder privatisiert, was grundsätzlichen politischen Charakter hat.
Frauen brauchen nach wie vor viel Mut, um sexistisches Verhalten offen zu machen und sich gegen sexistische und patriarchale Strukturen zu wehren. Denn bei den Auseinandersetzungen um Sexismus werden häufig gerade sie zur Zielscheibe gekränkter männlicher Unfehlbarkeit.
Deswegen bleibt solidarisches Verhalten mit Frauen und das Partei für sie ergreifen notwendig. Im Patriarchat gibt es keinen neutralen Standpunkt und auch hier gilt: Schweigen ist Zustimmung.

Wollen wir die herrschenden, patriarchalen Verhältnisse zerstören (bevor sie uns zerstören), braucht es nicht nur Frauen mit feministischer und antipatriarchaler Position und Praxis.

Wir fordern insbesondere von Männern, sich mit den grundlegenden Ursachen und der Bedeutung struktureller patriarchaler Gewalt zu beschäftigen und sich diverse Formen von Gewalt jenseits von Vergewaltigung bewusst zu machen, ihre Praxis zu verändern und sich endlich ernsthaft von ihren männlichen Privilegien zu verabschieden.

Ist also die Parole für eine HERRschaftsfreie Gesellschaft zu kämpfen ernst gemeint, ebenso der Anspruch antisexistischer Politräume, wird sich das an der Praxis jeder und jedes einzelnen zeigen.
Wird den großen und kleineren "Schweinereien" nicht eindeutig der Kampf angesagt, sondern wird stattdessen durch Abwarten, sich hinter anderen verstecken und durch schweigende Zustimmung immer mehr laufen gelassen, oder unreflektiert oder aus Trägheit patriarchale Muster unendlich reproduziert, geht's mit der Glaubwürdigkeit und der gemeinsamen Stärke linksradikaler Zusammenhänge abwärts. Das Gegenteil ist unser Ziel.
Wir wollen alle, insbesondere Frauen Lesben und Transidentische ermutigen sich jederzeit gegen patriarchale Strukturen und sexistisches Verhalten zu wehren.
Solidarisch zu kämpfen kann uns nur weiterbringen.

Frauen, Lesben und Transidentische nehmt euch selber ernst.
Lasst euch nicht entmutigen, jederzeit die Zähne zu zeigen.
Gemeinsam sind wir stärker!

Die öffentliche Debatte wird ab Ende April (achtet auf Terminankündigungen) im Butt-Club fortgesetzt.

WÜTENDE ZÄHNE
(FrauenLesben aus Hamburg)



anti-atom

Nucleaire? pas civil! pas militaire!

Nachdem die Atomindustrie nun seit mehreren Jahren die Rückkehr der AKW verkündet, formiert sich jetzt europaweit der Widerstand dagegen. Am Ostersamstag kamen im französischen Cherbourg über 15.000 Menschen zusammen um gegen den geplanten Reaktorneubau in Flamanville zu demonstrieren. Neben mehr als 50 Bussen aus ganz Frankreich waren auch Busse aus den Niederlanden, Wales, Belgien und dem Wendland angereist. Über die Ostertage waren daher die beiden Camps und die ganze Stadt mit AktivistInnen überfüllt. Trotz des strömenden Regen war die schiere Anzahl der Demonstrierenden, die sich am Samstag durch die engen Strassen der Stadt wälzten sehr beeindruckend. Mensch muss weit zurück schauen um eine ähnlich große Anti-Atom-Demo in der brd zu finden.

Eine derart große Demonstration in der Normandie zu planen und durchzuführen war für das Anti-Atom-Netzwerk reseau sortir nucleaire nicht ganz ohne Risiko. In kaum einer andern Region Frankreichs ist der Militärisch Industrielle Komplex, in diesem Falle der nuklear-idustrielle, derart präsent wie in der Region um Cherbourg, am Rande der Normandie. Nach Aussagen der Anmelder vor Ort arbeiten nach dem Niedergang der Fischerei fast 40% aller Beschäftigten der Region in Betrieben die von den Atomanlagen oder den militärischen Einrichtungen leben. Neben der weltweit größten WAA in LaHague sind dies die beiden Blöcke des AKW Flamanville, und der Militärhafen von Cherbourg, in dem die französischen Atom-U-Boote, entwickelt und gebaut werden. In ihrer Mobilisierung hatte die lokale Vorbereitungsgruppe immer wieder das Problem das beinahe jeder in der Region Bekannte oder Verwandte hat die mit dem Atomkomplex verbandelt sind, und daher viele die eigentlich gegen den Bau eines neuen AKW wären nicht zur Demo.

Die Westspitze der Normandie ist also ein "gutes Pflaster" für die Atomkonzerne, dass alleine erklärt aber noch nicht, wieso ein Konzern wie die EDF über 3 Milliarden Euro in ein umstrittenes Projekt investieren sollte, wo doch schon heute rund 10 AKW in Frankreich nur für den Stromexport laufen. Auf Nachfrage des resau sortir nucleaire antworteten die Betreiber, der EPR in Flamanville sei vor allem ein Demonstrationsobjekt, ökonomische Überlegungen wären dabei nachrangig. Da am äußersten Rande Europas, im finnischen Olkiluoto, bereits ein EPR (european pressurized reaktor) mit der gleichen Begründung gebaut wird stellt sich die Frage ob hier eine Anlage errichtet wird, die eigentlich noch in der Testphase ist. Die Antwort auf diese absurde Geschäftspraxis liegt wahrscheinlich gar nicht im Bereich der Betreiberin, der EDF, sondern viel mehr bei der Französischen Regierung und ihrem Vorantreiben des Nuklear industriellen Komplexes. Zum Zeitpunkt des geplanten Baubeginns in Flamanville wird das Projekt in Olkiluoto bereits soweit sein, dass die

Ingenieure der ersten Bauabschnitte eine neue Beschäftigung suchen. Für den "Erhalt" eine Stabes von Atomingenieuren wird hier also ein 3 Milliarden Euro teures Beschäftigungsprogramm aufgelegt, während gleichzeitig am Kündigungsschutz für BerufseinsteigerInnen am unteren Ende der Lohnskala gerüttelt wird.

Der EPR

Die als "nächste Generation" angepriesene Reaktorlinie EPR von Areva (Siemens-Framatom) stellt keinen neuen Reaktortyp dar. Mit 1600 Megawatt ist der EPR einfach nur ein noch gigantischerer Druckwasserreaktor (wie z,B. Brokdorf) . Neu sind vor allem drei Dinge:

1. Das Kontainment ist aus Beton und nicht aus Stahl, wie bei den Siemens Reaktoren. Dies hat den "Vorteil" das bei Unfällen zunächst ein Leck entsteht und nicht sofort alles in die Luft fliegt (das wird ernsthaft als neues Sicherheitskonzept "leak bevor break" verkauft).

2. Die gesamte Steuertechnik ist digital es gibt darin keine fest verdrahteten analogen Teile mehr. Probleme mit der neuen Software von Siemens haben am 10.5.2000 im AKW Neckarwestheim I bereits zu kritischen Situationen geführt die nur behoben werden konnten, weil es noch eine analoges, festverdrahtetes System gab. In einer hauseigenen Beurteilung des EPR kommt selbst Siemens zu dem Schluss, dass "sich die Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze gegenüber heutigen Reaktoren nicht verringert".
Logischer Schluss da raus ist Neuerung Nr.3.

3. Ganz besonders stolz sind die Ingenieure von Siemens und Framatom darauf, dass sich unter dem Reaktor Druckbehälter nun ein Auffangbecken aus Keramik befinden soll. In diesem "Core-catcher" soll bei einer Kernschmelze (die es ja angeblich nicht geben kann) die glühende Uran-Stahl Schmelze aufgefangen werden.
Im Kernforschungszentrum Karlsruhe flog den Ingenieuren bei einem Test mit einer nicht radioaktiven Schmelze die gesamte Anlage um die Ohren. "Die Schmelze war nach der Explosion in pulverisierter Form in der Versuchshalle verteilt". Abgesehen davon weis kein Mensch was mit einer Anlage geschehen soll, unter der "erfolgreich" eine im Corecatcher aufgefangene Kernschmelze herumwabert.



Ganz unabhängig ob ein EPR in die Luft fliegt oder nicht, beantwortet auch diese Reaktorlinie nicht die Fragen nach einem Endlager, nach der Verseuchung ganzer Landstriche beim Uranabbau, und verfestigt zentrale Energieversorgungsysteme in der Hand von Energiekonzernen. Um den Zusammenhang zwischen sog. ziviler Nutzung von Atomanlagen und einer militärischen deutlich zu machen braucht mensch nicht in den Iran zu schauen (was aus anderen Gründen nötig ist) ein Blick in Normandie reicht um diesen Zusammenhang klar zustellen. (AKW-WAA mit Plutonium Extraktion - Atomwaffen).

Eine Studie zum EPR findet sich unter www.ippnw.de

Glitzernde Bilder der Anlage und ein Pappmodel zum selber bauen findet mensch auf der Seite von Areva unter "Produkte".
Weitere Infos unter stop-epr.org



Aktion

Am 12.3.06 wurde von AktivistInnen des reseau sortir nucleaire und Robin Wood das neue Vordach der Siemens Niederlassung in St. Georg besetzt, und mehrere Fässer vor dem Eingang aufgestapelt. Ein riesiges Transparent für das zwei AktivistInnen auf die rund 12m hohen Laternenmasten geklettert waren konnte leider auf Grund des starken Sturmes nicht aufgespannt werden. Mit der Aktion wurde gegen die Siemens Beteiligung an der Entwicklung und dem Bau des EPR in Olkiluoto und Flamanville protestiert.

Nach den zahlreichen Aktionen rund um den Tschernobyl Jahrestag, steht der BUKO 29 vom 25.5.-28.5. in Berlin als nächster "Aktionsschwerpunkt" in Sachen Energie an. In einem von vier Panels werden Energiethemen ausführlich ausgebreitet. Workshops sind unter anderem: Neuer Spiel Raum Südamerika: Wieviel Unabhängigkeit steckt im Öl Südamerikas?, Kriminelle Energie - Die Transformation des Energiesystems in Mittelamrika, Energiegroßprojekte in Brasilien, Die Energiepolitik Chinas, Nigeria - Erdöl und soziale Bewegungen, und eine Reihe von weiteren Workshops. Energiepolitik satt also, jenseits des anti-nuklearen Tellerrandes, das Programm des Kongresses füllt eine ganze Zeitung, die unter www.buko.info zu finden ist.
Die Übrigen Panels beschäftigen sich mit Stadt/sicherheit, migration und kollonialismus und der G8 Mobilisierung

Normal Betrieb:

Am 28.2.06 wurde bekannt, dass das AKW Koeberg bei Kapstadt durch Sabotage vorübergehend stillgelegt werden musste. Ende Dezember wurde bei Wartungsarbeiten ein 8 cm langer Bolzen im Generator gefunden, der nicht aus diesem Gerät stammt.

Am 10.3.06 ging im AKW Philippsburg ein Schlüsselbund mit 12 Schlüsseln verloren, die Zugang zu den zentralen Sicherheitsbereichen ermöglicht hätten. In der Folge mussten mehrere hundert Schlösser ausgewechselt werden.

Im AKW Oi/ Japan kam es am 22.3.06 zu einem Brand in einem Zwischenlager für radioaktive Asche aus dem benachbarten AKW. Erst nach vier Stunden konnte er gelöscht werden. Zwei Arbeiter mussten mit Rauchvergiftungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Ausstellung und Veranstaltungsreihe "Nur die Sterne waren wie gestern"

31. Mai bis 27. Juni 2006
Finanzbehörde, Leo-Lippmann-Saal, Gänsemarkt

Die Ausstellung

Das zentrale Thema der Ausstellung "Nur die Sterne waren wie gestern" ist der Mensch Henryk Mandelbaum. Er musste bei den Krematorien in Auschwitz-Birkenau arbeiten: die Leichen der Ermordeten aus den Gaskammern schleppen, ihnen die Haare abschneiden und die Goldzähne herausbrechen.
Sie dann zu den Öfen oder den Verbrennungsgruben hinter dem Krematorium schleifen, um sie dort zu verbrennen.
Henryk Mandelbaum war von Frühjahr 1944 bis Januar 1945 Häftling im so genannten Sonderkommando von Auschwitz. Er war sowohl einer von Hunderten - zumeist jüdischen - Häftlingen, die gezwungen waren, in der Todeszone zu arbeiten, als auch einer der Wenigen, die Auschwitz und die Zeit im Sonderkommando überlebten.
Henryk Mandelbaums Vater, Mutter, sein Bruder und eine Schwester sind in Auschwitz ermordet worden.
Wie hat ihn sein kurzes, 20-jähriges Leben, sein Leben in einer jüdischen Familie im Vorkriegspolen geprägt, bevor ihn die Gestapo verhaftet?
Was hat er in Auschwitz gesehen, erlebt, überlebt?
Wie hat er aus der Einsamkeit seiner grauenhaften Erfahrungen ins Leben zurück gefunden?
Was hat Auschwitz aus ihm gemacht und was hat er aus seinen Erlebnissen gemacht?
Eindringliche Fotografien und knappe Texte geben ganz persönliche Antworten auf diese Fragen.
Die Ausstellung des Bildungswerkes Stanislaw Hantz e.V. besteht aus 48 Fototafeln und 45 Texttafeln. Zur Ausstellung gehört außerdem ein einstündiger Film, in dem Henryk Mandelbaum in bewegten Bildern, vor allem an einer Krematoriumsruine in Auschwitz-Birkenau, erzählt. Die Ausstellung richtet sich an Jugendliche ab 15 Jahren und an Erwachsene.
Veranstaltet wird die Wanderausstellung in Hamburg vom "Arbeitskreis gegen das Vergessen, Hamburg".
Der Arbeitskreis organisiert seit mehreren Jahren Seminare, Zeitzeugengespräche und Fortbildungsveranstaltungen zur nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichte.
Unterstützt wird die Ausstellung außerdem von der Neuen Gesellschaft, dem Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.
Die Ausstellung ist wochentags von 10 - 18 Uhr und am Wochenende von 12 -18 Uhr geöffnet.



Gruppenführungen und Schulveranstaltungen können über den Museumspädagogischen Dienst Hamburg (Tel.: 040-4281631-0) gebucht werden.

Die Veranstaltungsreihe

Mi., 31. Mai 06: Historiker-Vortrag mit Dr. Gideon Greif
Das Sonderkommando in Auschwitz
Veranstaltung mit Dr. Gideon Greif; Historiker aus Israel
Finanzbehörde Hamburg, Leo-Lippmann-Saal, Gänsemarkt

Mi., 7. Juni 06: Zeitzeugengespräch mit Henryk Mandelbaum
"Das war eine Fabrik, eine Todesfabrik - das Sonderkommando von Auschwitz"
Henryk Mandelbaum erzählt von seinen Erinnerungen.
Finanzbehörde Hamburg, Leo-Lippmann-Saal, Gänsemarkt

So., 11. Juni 06: Veranstaltung mit der Hamburger Initiative "Stolpersteine"
"Über die rassistische und antisemitische Vergangenheit Hamburgs stolpern" Vortrag und Rundgang zur Idee und Realisierung des Projektes "Stolpersteine".
Finanzbehörde Hamburg, Leo-Lippmann-Saal, Gänsemarkt

So., 25. Juni 06: wissenschaftliches Gespräch
Autobiografische Literatur von Überlebenden des Holocaust'
Prof. Dr. Arno Herzig (Historiker an der Universität Hamburg, angefragt) und Hans-Jürgen Windszus (Literaturwissenschaftler, Universität Hamburg, angefragt) geben Einblicke in den Stand der Forschung
Finanzbehörde Hamburg, Leo-Lippmann-Saal, Gänsemarkt

Filmreihe mit Lesungen und Diskussion

- Grauzone (Spielfilm)
- Ein einfacher Mensch (Dokumentarfilm)
- Reisen ins Leben (Dokumentarfilm)
- Ima (Dokumentarfilm)
  anschl. Gespräch mit der Filmemacherin Caterina Klusemann
- Mein Leben Teil 2 (Dokumentarfilm)
  anschl. Gespräch mit der Filmemacherin Angelika Levi
  Metropolis-Kino, Dammtorstraße 30a, Hamburg

Bekennerschreiben nach Brandanschlag

Nach dem Großbrand bei einer Firma in Bad Oldesloe tauchte ein Bekennerschreiben auf. Jetzt ermittelt das Kieler Landeskriminalamt.

VON TIMO JANN

Betroffen ist die Firma Thormählen Schweißtechnik GmbH (TST) in Bad Oldesloe. Das Bekennerschreiben der Gruppe „Internationalistische Zellen" ist dreieinhalb Seiten lang und wirft der Firma vor, an geplanten Infrastrukturmaßnahmen im Sudan zur „imperialistischen (Rück)Eroberung der sudanesischen Rohstoffquellen" beteiligt zu sein. „Das ist völlig abwegig", erklärte gestern der kaufmännische Leiter der Firma, Steffen Ralfs. TST sei ohnehin nicht offiziell an dem kritisierten Projekt im Sudan beteiligt, vielmehr würde das über die „Thormählen Holding international" laufen. Man sei nur Auftragnehmer und werde zudem Subunternehmer für Schweißarbeiten an den Bahngleisen einsetzen, so Ralfs.

Unter anderem sollen im Sudan mehrere deutsche Großkonzerne und die durch den Brand betroffene Firma aus Bad Oldesloe an einem acht Milliarden Euro umfassenden Projekt beteiligt sein, das unter anderem die Regierungen aus Deutschland, Amerika und China unterstützen. Deren Soldaten seien schon in der Region und dort als humanitäre Helfer getarnt, heißt es in dem Bekennerschreiben. „Das ist völliger Unsinn. Wir hatten zwar bei der Bundesregierung eine Unterstützung beantragt, sie aber nicht bekommen", so Ralfs. Sein Unternehmen habe weder Drohungen noch ähnliche Post erhalten. Ralfs: „Lediglich in angeblichen ,Friedensforen' im Internet wurden wir mal beschimpft."

Die Experten des Landeskriminalamtes (LKA) und von der Kripo in Lübeck haben gestern ihre Arbeit aufgenommen. Ralfs hält das Schreiben für nicht authentisch. Durch die Brandstiftung war Montagnacht ein Schaden von mindestens 250 000 Euro entstanden. Mehrere Lastwagen der Schweißfirma im Gewerbegebiet an der Emma-Ihrer-Straße waren in Flammen aufgegangen. Weil, so meinen die mutmaßlichen Brandstifter, der als zivile Entwicklungshilfe getarnte Einsatz im Sudan und in Nachbarländern nur eine Grundlage für die Ausbeutung der edlen Rohstoffe sein soll. „Thormählen phantasiert auch schon von der friedensschaffenden Ausstrahlung seines Projektes", schreiben die Aktivisten.

Die „Internationalistischen Zellen" sehen sich als Globalisierungsgegner und rufen zu weiterem Kampf im Zuge des für 2007 im mecklenburgischen Heiligendamm geplanten Gipfels der acht führenden Industrienationen auf. „Der deutsche Imperialismus und Kolonialismus hat eine lange und blutige Geschichte, nicht zuletzt in Afrika. Wir begrüßen nun auch die Firma Thormählen Schweißtechnik im Club", heißt es in dem Schreiben.

„Wir halten das Schreiben sehr wohl für authentisch, so unsere erste Einschätzung", sagte gestern Nachmittag Klaus-Dieter Schultz, der zuständige Staatsanwalt in Lübeck. Auch der Generalbundesanwalt ist informiert, der Staatsschutz ermittelt. Die Bewegung mit dem Namen „Internationalistische Zellen" sei bisher noch nicht aufgetreten. Das Bekennerschreiben war bei mehreren Zeitungen eingegangen und von dort zu den Behörden gelangt, so Schultz.



Das Gebäude der Thormählen Schweißtechnik GmbH im Gewerbegebiet an der Emma-Ihrer-Straße in Bad Oldesloe: Die Firma vergibt Aufträge für Schweißarbeiten im Sudan. Foto: MARKUS CARSTENS

Flora Programm

Mai 2006

Di 02.05. Einlass 21 Uhr
Anti Alles Aktion Und Hip Hop Partisan Presents: Hip Hop Jam mit Nic Knatterton und Johanna (Aaachen), Kaos (Br) und Gästen

Do 04.05. 19 Uhr
Veranstaltung: Mischszene - Kooperation von Nazis und Mitgliedern anderer Milieus (z.B. Rocker, Hooligans) bei kommerziellen Projekten

Fr 05.05. Einlass: 21 Uhr, Beginn 22 Uhr
Konzert: Alarma Man (Goteborg/Schweden) Rock, The Sound O.E. (Eskilstuna/Schweden) Posthardcore, Don Vito (Leipzig) Hardcore

Sa 06.05. 21 Uhr
Radio Gagarin Soli mit Elektobands

Mo 08.05. ab 19Uhr
Thesen der Gruppe bricolage und FreundInnen: Diskussion zur Bedeutung des 8. Mai, Chr. Geissler liest "maideutsch"

Di 09.05. Einlass: 21Uhr, Beginn 22 Uhr
Konzert: The Sons of Saturn (Lyon/Frankreich) Hardcore und Issue Sixteen (Montreal/Kanada) melodischer [illegible]ock

Mi 10.05.
Konzert: Guided Cradle (Prag/CZ) HC/ Punk mit Metal-Einflüssen

Fr 12.05. 21 Uhr
Soli-Antifa-Konzert zur Kampagne gegen Naziladen Talstraße

Sa 13.05. 20Uhr
VJ-Battle

So 14.05. Einlass 20 Uhr
Abschlußkonzert im Rahmen des 3. antirassistischen Fußballturniers von Fanladen St. Pauli und Ultra Sankt Pauli mit Libertas-Gentes (HipHop/Lüttich) Blaggers Aka (Punk/London), Dubtari (Reggae/Ska/Hamburg)

Do 18.05. Einlass 21Uhr
Radio Gagarin Soli IV presents: Praying for Oblivion (USA, Extrem Elektro Noise), Aubile Pain (HH, Industrial Noise) Notstandskomitee und TBC (HH, Beats and Noise)

Fr 19.05. Einlass 23 Uhr
Prozesskosten-Soli: exalted-the game goes on: 125bpm/250bpm technocavallo/ drum'n'basement.

Sa 20.05.
Solikonzert für die LesBiSchwulen Filmtage

Do 25.05. ab 21 Uhr
HC-Konzert: Racebannon und Battleship

Fr, 26.05. ab 21 Uhr
Solikonzert: KJAN (Deutschpunk aus Hamburg)und Support, anschliessend Musik vom Plattenteller

Juni 2006

Fr 02.06. ab 20 Uhr
Solikonzert für das Cafe Exil und andere antirassistische Gruppen/Projekte, mit Infoveranstaltung

Sa 03.06. ab 23 Uhr
Shanty Town Soundsystem

So04.06. ab 21 Uhr
Soli-Konzert für FSK mit 3 Bands (Oiro und Support)

Fr 09.06. ab 22 Uhr
Soliparty für AG Solidarisch gegen Kriminalisierung

Sa 10.06. ab 23 Uhr
FSK-Soli-Party: "Das FSK zieht um!" Mit Drum 'n' Bass, Dub Grime, und Elektro

Mo 12.06. ab 21 Uhr
Hardcore Konzert: Cease Upon The Capitol and A Fine Boat, That Coffin

Di 20.06.
Hardcore/Punk-Konzert: Nightmare (Japan) und Burial (Pott)

Mi 21.06. ab 21 Uhr
Konzert: Smacktown und Loftus

Fr 23.06. ab 21 Uhr
Soliparty zur Förderung der Ausbildung in Tansania. Musik: Kosmo Koslowski (Piratenjazz mit Kontrabass, Schlagzeug, Geige, Gitarre, Querflöte) und No Visa (Jiddish-polski-blue-grass-humpa, mit Geige, Waschbrett, Kontrabass, Banjo usw.)

Sa 24.06. ab 23 Uhr
Weald and Alles Fliesst, Dial Record Night

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 19 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Cafe wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 19 Uhr